

Ausgabe A Nr. 258

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.— Goldmark voranz zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Litauen, Ungarn 4.50 Goldmark, für das übrige Ausland 5.50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ mit „Siedlung und Kleingarten“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Himmel“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einseitige Doppelseite 0.70 Goldmark, Reklameseite 1.— Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das Letztbedruckte Wort 0.20 Goldmark (ausfallslos zwei Letztbedruckte Worte), jedes weitere Wort 0.10 Goldmark. Stellenanzeigen das erste Wort 0.10 Goldmark, jedes weitere Wort 0.05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten halbes Goldmark, für Nichtabonnenten halbes Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar teilt sich durch 4.20.
Knausen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Dienstag, den 28. Oktober 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depotkassaführer Lindenstraße 3

Dr. Wirth für Republik und Frieden.

Der Zentrumsparteitag gegen den Bürgerblock.

Nach der mit großem Beifall aufgenommenen Rede des Reichskanzlers erstattete auf dem Reichsparteitag des Zentrums der Vorsitzende der Reichstagsfraktion Abg. Fehrenbach Bericht. Fehrenbach führte aus, daß die brennendste Frage für die Fraktionspolitik die Erweiterung der Regierung gewesen sei. Von der Partei sei eine Erweiterung der Regierung auch nach rechts durchaus gebilligt worden und ebenso die Bestrebungen der Reichsregierung, die Deutschnationalen in die Regierung und damit in die Verantwortlichkeit hineinzubringen. Es habe sich aber bald eine solche Erweiterung aus innerpolitischen Gründen als unmöglich herausgestellt.

Die Deutschnationalen hätten zu der Frage der Innenpolitik eine Stellung eingenommen, die es unmöglich gemacht habe, sie in die Regierung hineinzubringen.

Dadurch, daß sie diese aufrechterhalten hätten, hätten sie ihre Aufnahme in die Regierung unmöglich gemacht.

Im weiteren Verlauf schildert der Redner dann den Verlauf der Verhandlungen über die Regierungserweiterung. Er betonte, daß auch die Haltung der deutschen Volkspartei verfehlt gewesen sei, weil sie sich von vornherein hätte sagen müssen, daß die von ihr vorgeschlagene Lösung nicht zu einem Ziel führen könne.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns ergänzte die Mitteilungen des früheren Reichskanzlers Fehrenbach über das letzte Stadium der Regierungskrisis.

Der nächste Redner war

Reichskanzler a. D. Dr. Wirth.

Der von der Versammlung stürmisch begrüßt wurde. Dr. Wirth führte aus: Das größte Unglück für die deutsche Nation b. d. e. u. t. e. i. n. W. i. r. t. h. von dem gegenwärtigen Weg der deutschen Politik. Wehe denen, die uns von diesem mit Erfolg eingeschlagenen Wege drängen wollen. Es ist gefährlich, wenn der politische Gegner bei dem Griff nach der Macht sich nur von innerpolitischen und parteipolitischen Erwägungen leiten läßt und alles Außenpolitische ausschaltet. Die deutsche Außenpolitik muß Dienst am Volke sein, sie darf deshalb nicht nur unter dem Gesichtspunkt parteipolitischer Erwägungen oder um ein paar Ministerposten geführt werden. Wir sind noch nicht über die Gefahren, die der Außenpolitik des Kabinetts Marx drohen, hinweg. Wir haben bisher, soweit wie möglich, eine Politik der Saftigkeit, die uns der Verfallener Vertrag aufrecht hat, getrieben, die von den politischen Gegnern als Erfüllungspolitik gekennzeichnet wurde.

Wenn nun im Wahlausruf der Deutschnationalen die Reinigung vom Erfüllungsgedanken gepredigt wird, wenn der Verfallener und dem Parlamentarismus, die erst die Kräfte geschaffen haben, mit deren Hilfe man Ministerposten erobern wollte, der schärfste Kampf angefaßt wird, dann ist das kein Innehalten der bisherigen Außenpolitik, sondern Schaffung starker Gegensätze im Innern.

Auch von der Gegenseite muß anerkannt werden, daß die Politik des Zentrums objektiv richtig gewesen ist. Diese Erkenntnis hat bei der Deutschnationalen Partei begrifflicher Weise Unbehagen erregt. Dr. Wirth ging dann auf den Artikel des Grafen Westarp in der „Kreuzzeitung“ ein, der behauptet hat, die Richtlinien des Reichskanzlers Marx seien von den Deutschnationalen nicht ausdrücklich anerkannt worden, sondern die Deutschnationalen hätten Vorbehalte entscheidender Art gemacht. Er fährt fort: Wie vom Zentrum müssen es ablehnen, unsere Politik

von der Rechten kompromittieren zu lassen. Unser Kanzler Marx steht uns zu hoch, als daß irgendein Fleck von dieser Seite ihm angeheftet werden könnte. Mit den Schlagworten der verschiedenen Art, wie z. B. Wirth oder Stegerwald, die bestimmte Richtungen im Zentrum anzeigen sollen, will die Rechte nur Verwirrung in den Reihen der Zentrumswähler stiften. Das ist die ganze Rechtsstatistik, die Frage der Taktik nach dem Wahlkampf ist sekundärer Natur.

Habe ich nicht recht gehabt, nach all den Geschehnissen der letzten Wochen, schon früher vor den Mandatären der Deutschnationalen zu warnen? (Lang anhaltender stürmischer Beifall.)

Wir haben nicht unrecht gehabt, zu betonen, das Zentrum müsse nach eigenem Willen und Ermessen die politischen Richtlinien aufstellen. Ferner stellte Dr. Wirth die Frage, wo die Kräfte herkommen, die dem Ziel der Rettung der nationalen Freiheit und der Wohlfahrt der deutschen Bevölkerung dienlich zu machen wären. Glaubt jemand, daß die vier von den Deutschnationalen präsentierten Ministerkandidaten, die in der entscheidenden Sitzung vom 29. August mit Nein gestimmt haben, den außenpolitischen Kurs der Regierung Marx garantieren könnten? Jetzt ist es erwiesen, daß die Deutschnationalen Fraktion am 29. August deshalb halb und halb stimmte, um die negativen Politiker nachher ins Kabinett zu schicken. Das Zentrum wird, so führte er zum Schluß aus, nicht nur wiederkommen, sondern gestärkt aus dem Wahlkampf hervorgehen. In Zukunft handelt es sich um die Lösung folgender Probleme:

1. Sicherung unserer heutigen Staatsform,
2. Befestigung des in unserem Volke vorhandenen Elends,
3. Befestigung der Finanzen in Reich, Ländern und Gemeinden,
4. die große taktische und prinzipielle Führung der Außenpolitik.

Wer das Zentrum unterstützt, wer die Hand reicht zur Fortführung der außenpolitischen Linien und zur Lösung dieser Probleme, der wird nicht nur unser Mitarbeiter, sondern auch unser Freund sein.

Den Ausführungen des ehemaligen Kanzlers folgte ein minutenlanges, nicht endenwollendes Beifall. Justizrat Männig betonte in seinem Schlusswort, daß der starke Beifall, der Dr. Wirth gezollt worden sei, nur beweise, daß die Grundzüge, die er vertreten habe, die Grundzüge der Partei seien.

Als erster Debattenredner sprach der Frankfurter Universitätsprofessor Dessauer, der mit Genugtuung feststellte, daß Marx nicht weiter nach rechts gehen solle. Man könne nicht zulassen, daß in das in Weimar gebaute Haus Leute hineingelassen werden, die von vornherein erklären, daß es ihre Absicht sei, dieses Haus zu zerstören.

Abgeordneter Esser verweist auf die Tatsache, daß Laverenz, dem ein Ministerposten zugebacht war, gegen die Dames-Gesetze gestimmt hat. Wie könne man von solchen Männern erwarten, daß sie, zur Mitregierung zugelassen, die von Marx erfolgreich beschrittene außenpolitische Bahn mitgehen würden?

Abg. Ullrich-Oberglösten bekundete sich zum Kabinett Marx und zu dem Willen, an der bisherigen Politik festzuhalten.

Die Verhandlungen dauerten bis 1/8 Uhr. Alle Redner traten für eine einmütige und geschlossene Haltung des Zentrums ein und billigten die Politik des Reichskanzlers. Heute vormittag wird die Tagung fortgesetzt.

Durch Macdonalds Rede sind die bürgerlichen Anschuldigungen völlig zusammengebrochen. In den Kreisen der Labour Party ist man der Ansicht, daß der gegen die Partei geplante Streich sich am Wahltag gegen seine Urheber wenden werde.

Kommunistische Konzeptionspolitik.

Verfälschung südrussischer Kohlenruben an Italien.

Rom, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Sowjetregierung hat nun auch den italienischen Kapitalisten gegen klagende Mäntze einen Teil der sozialistischen Erbsätze Rußlands verkauft. Einem italienischen Konsortium ist nach einem Abkommen zwischen dem russischen Volkshüter und Mussolini das alleinige Recht zur Ausbeutung der Kohlenlager im Donezgebiet auf die Zeit von 33 Jahren verliehen worden.

Die neueste wirtschaftspolitische Maßnahme der Moskauer Sowjetregierung reiht sich ihren bisherigen würdig an. Nachdem sie erst vor kurzem dem amerikanischen Trustkönig Harriman das alleinige Recht auf die Ausbeutung der Manganerzlager in Georgien verkauft hat, geht sie nun dazu über, auch die südrussischen Kohlenruben, die in der russischen Wirtschaft etwa dieselbe Rolle spielen wie die Ruhrkohlenruben in der deutschen, an das italienische Kapital zu verschachern. Ein rührendes Bild: die kommunistische Sowjetregierung Arm in Arm mit Mussolini, dem Protektor des italienischen Kapitals, und Harriman, dem mächtigsten Gegner der amerikanischen Arbeiterklasse. Und unter dem Schutze dieser heiligen Dreieinigkeit — Sinowjew, der unter behaglichem Schmuzzeln der Trustkönige und Konzeptionsbesitzer das Geschäft der internationalen Brunnenvergiftung und Verhegung der Arbeiterklasse betreibt!

Hoffnung auf Segen.

Kommunisten als Retter aus deutschnationaler Not.

Was niemand mit gesundem Menschenverstand und den einfachsten Kenntnissen im Rechnen für möglich gehalten hat, das ist plötzlich Tatsache geworden. Für jeden durchschnittlich Gebildeten bringt das Hamburger Wahlergebnis einen deutschnationalen Stimmenverlust um 26 Proz., den Zusammenbruch der Böllischen, die nur ein Drittel ihres Bestandes von 4. Mai wahren konnten, und einen Rückgang der Kommunisten um ein volles Drittel ihres Bestandes. Die Sozialdemokratie hat dagegen ihre Stimmenzahl nicht nur gehalten, sondern vergrößert. Aber das ganze ist doch eine eklantante Niederlage der Sozialdemokratie. Wer das nicht glaubt, der mag die Berliner deutschnationalen Blätter vom Montag abend durchlesen. Gerade, als ob wieder einmal der Matador der Partei, v. Lindeiner, den folgamen Redaktionen die notwendigen Anweisungen gegeben hätte, so wird übereinstimmend in der „Deutschen Tageszeitung“, der „Deutschen Zeitung“, vor allen Dingen aber im Hugenbergischen „Tag“ der „Nachweis“ geführt, daß die Sozialdemokratie und der Linksblock eine schwere Niederlage erlitten hätte.

Um einen solchen Nachweis führen zu können, bedarf es einer nicht geringen Fertigkeit auf dem Gebiete der Tafschen-spielererei. Man stellt nämlich gegenüber das Wahlergebnis vom Februar 1921 und das vom 26. Oktober 1924, und läßt den 4. Mai dieses Jahres einfach in der Verrechnung verschwinden! Nun ist es richtig und allgemein bekannt, daß sich seit 1921 die Parteiverhältnisse auch in Hamburg verschoben hatten, und der 4. Mai mit seinen Inflationswahlen hat ja dafür einen Beweis geliefert, der den Deutschnationalen den Mut gab, kategorisch den Rücktritt der bisherigen und die Ernennung einer neuen Reichsregierung unter der Führung eines der Ihrigen zu verlangen. Auch in Hamburg hatten die Deutschnationalen wie die Böllischen am 4. Mai einen verhältnismäßig starken Aufschwung erlebt, der ihre Wünsche und Hoffnungen ins Ungemessene steigerte. Während die Deutschnationalen bei den Bürgerchaftswahlen 1921 nur 56 478 Stimmen zählten, wurde diese Zahl bei den Wahlen dieses Jahres fast verdoppelt, bei denen 114 498 deutschnationale Zettel abgegeben wurden. Damals schien es den Parteiführungen, als ob ihr Wachstum nirgends Halt finden würde, immer annähernd, immer großspuriger wurde ihre Redeweise. Wer da wissen will, wie sich in den Hirnen der Deutschnationalen das Ergebnis der letzten Reichstagswahl auswirkte, der mag in einem der Hamburger Flugblätter nachlesen, in dem es hieß:

„Das Volk hat bei der letzten Reichstagswahl den schuld-beladenen sozialistischen und demokratischen Parteien und damit der von ihnen gebildeten Regierung eine niederschmetternde Niederlage bereitet. Knapp die Hälfte ihrer Reichstagsliste verloren sie, während die Deutschnationalen zur größten Fraktion wurden. Was geschah aber in Berlin? Die Berliner Machthaber kümmernten sich einen Pfifferling um den Willen des deutschen Volkes. Das alte Reichskabinett blieb im Amt, und der Reichspräsident Ebert weigerte sich, den Deutschnationalen die Regierungsbildung zu übertragen. Erstes Gesetz einer parlamentarischen Volksvertretung ist, daß die stärkste Partei im Parlament mit der Regierungsbildung beauftragt wird. In der Deutschen Republik wird dieses erste Gesetz mit Füßen getreten. Die stärkste Partei wird nicht mit der Regierungsbildung beauftragt.“

Das war wenige Tage vor der Hamburger Wahl niedergeschrieben! So stark fühlten sich die Deutschnationalen auch in Hamburg, daß sie es als ein von Gott gegebenes Recht ansprachen, als stärkste Partei anerkannt zu werden. Nun haben sie in den wenigen Monaten, die seit der letzten Wahl vergangen sind, nicht weniger als 31 000 Stimmen eingebüßt, während die Sozialdemokratie wie bisher die stärkste Partei in Hamburg blieb. Nach der Logik der deutschnationalen Forderungen muß also die Sozialdemokratie als stärkste Partei mit der Hamburger Regierungsbildung betraut bleiben. Selbst die überbesten Gehirnverrentungen deutschnationaler Krümmelkicker können daran nichts ändern. Das wird auch um so leichter möglich sein, als alle Anstrengungen von Volkspartei und Deutschnationalen es nicht fertig brachten, einem Rechtsblock die Mehrheit zu verschaffen. Die Volkspartei und die Deutschnationalen gingen in Hamburg Hand in Hand. In einer Reihe von Flugblättern, die von sogenannten unparteiischen Vereinen herausgegeben waren, wurden sie ohne weiteres als „Rechtsparteien“ gleichgestellt. Bei beiden war die Hoffnung stark, daß die Wahl in Fortsetzung der durch den 4. Mai gekennzeichneten Linie zum Bürgerblock führen würde.

Nun ist die Enttäuschung groß. Deshalb wird jetzt nach einem Ausweg gesucht. Der deutschnationale „Tag“ hat ihn spielend gefunden. Er rechnet aus, daß der bisherige Senat in die Minderheit gedrängt sei und zwar sehr er alle Hoffnungen auf den lieben Bundesbruder von links, die Kommunisten. So schließt er seine Beweisführung:

Der englisch-russische Konflikt.

Macdonald gegen das konservative Wahlkomplott.

London, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der heutige Tag brachte eine weitere Entwicklung der die Öffentlichkeit ungenauer erregenden russischen Angelegenheit. Ratowski kündigte dem Foreign Office eine offizielle Note ein, in der er eine Entschuldigung von Seiten der britischen Regierung und die Bestrafung aller für die Fälschung verantwortlichen privaten und amtlichen Personen fordert, sowie im Interesse von guten britisch-russischen Beziehungen die Einsetzung eines Schiedsgerichts zwecks Prüfung der Angelegenheit. Gleichzeitig wurde dem Foreign Office mitgeteilt, daß an der Echtheit des Dokumentes keinerlei Zweifel bestehen können.

Nunmehr hat Macdonald das Schweigen gebrochen und in einer Rede in Cardiff die Geschichte der Note an Ratowski dargestellt. Aus seinen Ausführungen geht hervor, daß Macdonald erst inmitten des Wahlkampfes, am 16. Oktober, in den Besitz des Dokumentes gekommen ist und für den Fall, daß sich die Echtheit des Dokumentes später erweisen sollte, dem Foreign Office den Auftrag gegeben, eine Note vorzubereiten. Der vom Foreign Office verfaßte Text wurde von Macdonald abgeändert und schließlich Freitag nacht ohne ausdrückliche Genehmigung Macdonalds vom Foreign Office veröffentlicht. Ob die Note in ihrer ursprünglichen Fassung oder in der von Macdonald abgeänderten Form veröffentlicht wurde, geht aus der Rede Macdonalds nicht hervor. Es hat den Anschein, daß Macdonald, trotz Anerkennung der guten Absichten des Foreign Office, diesen Schritt als über eilt betrachtet und mit den meisten Ministern das Dokument für eine Fälschung hält. Er konnte sich, führte er aus, des Verdachtes nicht erwehren, daß die ganze Sache ein konservatives Wahlkomplott sei.

Da die 24 Kommunisten für die Senatsbildung nicht in Frage kommen, sondern in der Opposition bleiben, hat sich für den Senat mit 21 Demokraten, 53 Sozialisten und 2 Ritterverbandsangehörigen, zusammen 76, gegenüber den 60 Bürgerlichen und der kommunistischen Opposition in einer Minderheit von 8 Stimmen herausgebildet.

Die Parole, die einstmals hieß: „Kampf dem Bolschewismus!“ ist jetzt umgewandelt in den Schlachtruf: „Heiliger Sinowjew, hilf der nationalen Opposition!“ Es wird hier ganz brutal und rücksichtslos ausgesprochen, was sich im Reichstag stillschweigend als ständige Übung herausgebildet hat: die Nationalen potentiierter Prägung und die Moskauer Internationalen betrachten sich gegenseitig als Vortrupp und Hilfsmannschaft, wenn es gegen das parlamentarische System geht! Die Hoffnung auf den kommunistischen Segen ist so stark, daß man selbst die Demokraten nicht mehr als „bürgerliche“ ansieht, sondern sie aus der bürgerlichen Gemeinschaft ausschließt!

Nun hat freilich die Rechnung des „Tag“ wie die der deutschnationalen Presse im ganzen ein großes Loch: Die 60 „Bürgerlichen“, mit denen dort jongliert wird, bilden durchaus nicht einen einheitlichen Block. Vielmehr setzen sich diese Sechzig zusammen aus 28 Deutschnationalen, 4 Böttischen, 23 Volksparteilern, 2 Zentrumsleuten, 2 Vertretern der Gastwirte und Gewerbetreibenden und einem Sonderling von einer eigenen Liste der „Wohnungsuchenden“. Daß die beiden Zentrumsvertreter in Hamburg ohne weiteres im Oppositionsblock mitmachen würden, ist nach ihrem bisherigen Verhalten mehr als zweifelhaft. Das gleiche gilt von den Kleingewerbetreibenden, die zwar durch ihre eigene Liste Sonderwünsche zu vertreten beabsichtigen, aber durchaus nicht sich von den großkapitalistischen Interessen der Reeder und Handelsherren in der Volkspartei und bei den Deutschnationalen einsagen lassen wollen. Die Wähler, die dieser Liste ihre Stimme gaben, sind ganz offensichtlich aus dem Lager der Demokraten und Sozialdemokraten gekommen. Auch der Erwählte der „Wohnungsuchenden“, also ein Vertreter der Vermissten, kann kaum als Blockgefährte angesprochen werden.

Diese Fünf in den Oppositionsblock einzurechnen, ist also gerade von deutschnationaler Seite ein gewagtes Spiel. Selbst wenn man eine vollkommene Übereinstimmung zwischen den ganzen und den halben Hakentänzern mit sämtlichen Volksparteilern annimmt, so ist dieser „Rechtsblock“ doch ganz zweifellos zu einer hoffnungslosen Opposition beurteilt, wenn er nicht zu wach von den Kommunisten erhält. Und deswegen ist es dankbar zu begrüßen, daß der „Tag“ so offenerzig seine Hoffnung auf die Bundesbrüder schickt mit den „Revolutionären“ aus Mostau zum Ausdruck bringt!

Wie diese Wehlfen des Bürgerblocks selbst allerdings Hamburg ansehen, das spricht Sinowjew in einem Rückblick auf den Hamburger Kommunistaufstand vom vorigen Jahre in den „Iswesija“ mit gewohnter Offenheit aus. Er bezeichnet diesen Aufstand als den Lichtpunkt in der Geschichte der Arbeiterbewegung der letzten Jahre und als die bemerkenswerteste Episode im deutschen Bürgerkrieg! Die Einzelheiten dieses Aufstandes sollten vom internationalen Proletariat „liebevoll und sorgfältig“ studiert werden. Der Artikel schließt:

„Hamburg ist eine Lösung, eine Parole. Hamburg ist ein ganzes Programm für das deutsche Proletariat. Hamburg ist das Morgen im deutschen Bürgerkrieg.“

Die Putzlisten von rechts und die Putzlisten von links in einem großen „Oppositionsblock“ mit der Volkspartei vereinigt, das ist ein Bild, wie wir es sogar in Deutschland bisher nicht so schön gesehen haben! Es wird die kommunistischen Arbeiter vielleicht interessieren zu erfahren, wie die Presse der deutschnationalen Schwerindustrie die parlamentarische Tätigkeit ihrer Erwählten einschätzt!

Freilich, so einzig die Rechtspresse über die „Niederlage der Sozialdemokratie“ ist, so wenig Übereinstimmung findet man jetzt in ihrer Beurteilung des Wahlergebnisses. Die „Kreuz-

zeitung“ bringt vorsichtigerweise von dem Stimmenverlust ihrer Parteigarnichts! Wohl aber setzt sie diese orakelhafte Bemerkung ihren Lesern vor:

Berücksichtigt man aber die Zahlen der Reichstagswahl vom 4. Mai, so hätte das Ergebnis für die Deutschnationalen zweifellos noch bedeutend günstiger ausfallen müssen. Der Grund hierfür ist, wie fast immer in solchen Fällen, in der allgemein zunehmenden Wahlmüdigkeit zu suchen, die leider immer bei den bürgerlichen Parteien die größten Prozentsätze ausweist, während die roten Parteien ihre Genossen einfach immer wieder zur Wahlurne kommandieren.

Nun haben zwar die Kommunisten auch 30 000 ihrer Wähler nicht „kommandieren“ können. Aber das macht nichts. Die Quissherrn, die die „Kreuzzeitung“ lesen, werden schon wissen, wie es gemeint ist. Etwas näher kommt die „Deutsche Tageszeitung“, wenn auch widerwillig, der Wahrheit, indem sie schreibt:

Wenn nun auch die Kommunisten zugunsten der Sozialdemokraten an Stimmen verloren haben, so liegt dies teils an der Mißstimmung der kommunistischen Anhänger über die verunglückten Fische, teils an der ebenfalls sehr radikalen, aber ungleich erfolglosen Einstellung der Sozialdemokratie. . . .

Auch das ist ein Eingeständnis, das die kommunistischen Arbeiter interessieren dürfte und aus dem sie vernünftigerweise allerhand lernen könnten. Allerdings wird ihre eigene Presse ihnen diese Wahrheit vorenthalten. Und deswegen wird es lange Zeit dauern, bis sie endlich begriffen haben, auf welchem Holzweg sie sich befinden, seit sie die randalisierenden Gehilfen des Rechtsblocks in die Parlamente entsandten.

So wie die Dinge jetzt liegen, gehen die „nationalen“ Parteien dem 7. Dezember mit getrickelten Hoffnungen entgegen. Zwar reden sie noch davon, daß Hamburg nicht das Reich sei und daß anderwärts die Stimmung anders geartet wäre. Aber sie haben sich zu oft und zu lange auf die veränderte Stimmung des Volkes berufen, um ihre reaktionären Wünsche durchzusetzen; sie sehen jetzt mit Grauen, daß sie nichts anderes erreicht haben, als einem großen Teil der Wähler die politische Betätigung zu verweigern. Deswegen bleibt ihnen nichts übrig, als für die Zukunft all ihre Hoffnungen auf die Kommunisten zu setzen, deren putschistisches Treiben schon früher ihnen die spießbüchlichen Schafe in die Hüften trieb. Jetzt hoffen sie zwar nicht mehr auf Zuwachs an Stimmen, aber doch auf die parlamentarische Unterstützung der Scholem und Ruth Fischer, der Epstein und Thaelmann, der Rost Wolfstein und des Koenen! In ihrer Theorie verschieden, bilden Nationalisten und Kommunisten in der Praxis doch eine reaktionäre Front.

Das Sonntagsergebnis von Hamburg zeigt aber mit erschreckender Klarheit, daß der republikanische Gedanke im Volke so erstarbt ist, daß er sich nicht nur behaupten, sondern auch flüchtig fortsetzen kann, wenn seine Träger nur nicht halben Herzens bei der Sache sind. Für die Sozialdemokratie wie für jeden ehrlichen Republikaner gilt deshalb für den 7. Dezember die Losung: die Feinde weichen, drauf, vernichtet sie!

Phrasen statt Brot.

Ein kommunistischer Wahlausruf.

Unterhalb Seilen umfaßt der Wahlausruf der kommunistischen Partei. Man liest und liest, weil man immer noch nicht die Hoffnung aufgegeben hat, es könnte doch vielleicht an irgendeiner Stelle auch nur ein politischer Gedanke zum Ausdruck kommen. Aber die Hoffnung ist vergebens. In den Köpfen der SPD-Führer mast sich die Welt so einfach, daß Gedanken nicht notwendig sind. Sozialdemokraten, bürgerliche Mittelparteien, deutschsozialistische und Deutschnationalen — alles wird schön in einen Topf geworfen, das Schlagwort von der „einen reaktionären Masse“ toucht in veränderter Form wieder auf. Für die Kommunisten gibt es keine Arbeit, die sie

heute oder morgen für die Arbeiterschaft zu leisten hätten, für die Kommunisten gibt es nur zielbewusstes Arbeiten für den einen Tag der Revolution — und dann, dann muß sich alles wenden. Heute nur eine kapitalistische Hölle ist. Vor fünfzig, vor hundert Jahren mochte so in den Köpfen primitiver Utopisten die Welt sich so malen. Daß heute, nach jahrzehntelanger Erfahrung in der Arbeiterbewegung, eine Partei, die den Anspruch erhebt, Massenpartei der Arbeiterschaft zu sein, so sehr im primitivsten Denken befangen ist, ist nur aus den Erschütterungen zu begreifen, denen wir ausgesetzt waren. Auf Einzelheiten zu antworten, lohnt sich kaum. Im Ernst behaupten die Kommunisten in ihrem Ausruf: „Der Achtstundentag ist tot. Niedrigere Löhne als in der Vorkriegszeit, wachsende Erwerbslosigkeit, wachsende Kurzarbeit usw.“

O nein, Ihr Phrasenreue von der SPD, der Achtstundentag ist nicht tot. Wir begreifen zwar, daß Ihnen das unangenehm ist. Die Arbeiterschaft sammelt ihre Reiben und begreift von Stunde zu Stunde mehr, daß sie ihren Wiederaufstieg in die Hand nehmen muß und daß sie das am besten tut — ohne die Kommunisten! Die Wahlausrufe der SPD werden diese Bewegung innerhalb der Arbeiterschaft ganz gewiß nicht aufhalten!

Die Regierung gegen Westarp.

Die Lüge als Grundlage des Bürgerblocks.

Die Deutschnationalen führen bisher den Wahlkampf auf der Linie der Reinsjager vom 29. August. Sie gehen mit Stillschweigen darüber hinweg, daß sie bereit waren, ihre Besinnung und ihre Grundsätze gegen vier, vielleicht auch gegen drei Ministerstücke zu verkaufen. Graf Westarp hat in der „Kreuzzeitung“ darüber hinaus behauptet, die Deutschnationalen hätten bei den Verhandlungen über den Bürgerblock niemals die Richtlinien des Reichstanzlers rückhaltlos anerkannt. War die Behauptung von Westarp richtig, mußte man den Schluß ziehen, daß die Deffektivität während dieser Verhandlungen namentlich durch die immer wiederkehrenden Versicherungen der Volkspartei getäuscht worden ist, daß die Deutschnationalen auf die Grundlage der bisherigen Außenpolitik zu treten gewillt seien.

Nun wird den Darlegungen des Grafen Westarp durch eine Veröffentlichung der Regierung scharf widersprochen. Wolffs Bureau teilt mit:

„Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die Ausführungen des Grafen Westarp über die Verhandlungen zwecks Erweiterung der Regierung in Nr. 504 der „Kreuzzeitung“ sind in wesentlichen Punkten unrichtig. Es ist unbegründet, daß Graf Westarp behauptet, daß die Deutschnationalen die Richtlinien des Reichstanzlers vorbehaltlos anerkannt haben. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß bei den möglichen Verhandlungen zwischen dem Reichstanzler und den deutschnationalen Beauftragten, in Anwesenheit auch der Reichsminister Dr. Brauns und Dr. Stresemann vom Reichstanzler kein Zweifel darüber gelassen worden sei, daß die Verhandlungen nur unter der Voraussetzung weitergeführt werden könnten, daß die Deutschnationalen die Richtlinien nicht nur als Grundlage weiterer Verhandlungen betradten, sondern dieselben rückhaltlos als maßgebend für die Regierungsbildung anerkennen würden. Die Deutschnationalen haben diese Anerkennung ausdrücklich ausgesprochen vorbehaltlich der näheren Formulierung in der Regierungserklärung. Es wurde ferner gar kein Zweifel darüber gelassen, daß der wesentlichste Punkt der Richtlinien die Zusage der durchaus loyalen Durchführung der Dames-Gesetze darstelle. Dagegen ist kein Widerspruch seitens der deutschnationalen Verhandlungsführer erhoben worden! — Es ist ferner unrichtig, daß wie Graf Westarp schreibt, es an Vorbehalten erhebender Art gegen die Richtlinien nicht gefehlt habe. Es ist von „Vorbehalten“ in entscheidenden Punkten überhaupt nicht die Rede gewesen.“

Es steht also Erklärung gegen Erklärung. Kein Zweifel, daß den Leuten der fünfzigprozentigen Besinnung von vorn-

Opernfaktenjammer.

Von Kurt Singer.

Seit vielen Monaten unterminiert ein Morast, in dem kein anständiger Mensch seine Hände stecken möchte, die zwei präoaten Opernunternehmungen, die Berlin zurzeit hat, das Charlottenburger Opernhaus und die Große Volksoper. Beide stehen seit langem vor dem wirtschaftlichen Bankrott. Es ist nach und nach auch in Köpfen, die vor Tatsachen blind zu sein pflegen, die Erkenntnis durchgedrungen, daß vier Opernhäuser in Berlin eine wirtschaftliche Unmöglichkeit und eine künstlerische va banque-Spielerei sind. Im Frieden, als wir noch Geld hatten, stand die damals königliche Oper als einziges Opernhaus in Berlin auf festem Fuß, und auch diese wurde unterstützt durch die Staatskasse resp. durch die Privatschulden des regierenden Fürsten. Heute kommen auf dieselben 50 bis 50 gangbaren Repertoireopern 4 Opernhäuser in Berlin, in einer Zeit, wo für die notwendigsten Ausgaben des Bürgers und Arbeitenden kein Pfennig da ist, in einer Zeit, da überhaupt für die Oper durch die Scheinkünfte der Reue, Operette und des Kinos in weiten Schichten das Interesse für Opernmusik abgegraben ist.

Die Staatsoper hat sich durch ihre Verbindung mit Kroll und dadurch, daß die Mitglieder der Volksbühnen regelmäßig Abnehmer der Billets für das Theater am Königsplatz sind, bisher wirtschaftlich sehr gut gehalten resp. ihre äußere Situation sogar geklärt. Allerdings wird es in absehbarer Zeit, wenn außer dem Dräcker auch das Ensemble vergrößer werden muß, dennoch notwendig werden, daß das Finanzministerium einen Zuschuß zu dem Unternehmen gibt. Bei dem augenblicklichen, durch die Namen Schilling, Reiber, Hörth verbürgten Luftspiel des künstlerischen Niveau in den Staatstheatern wird der Staat sich nichts vergehen, wenn er zu dieser alten Sopslogheit der finanziellen Unterstützung seiner eigenen Unternehmungen zurückkehrt.

Das Charlottenburger Opernhaus kommt aus den Krisen nicht heraus. Es war früher ein auf den bürgerlichen Geschmack zugeschnittenes Unternehmen, das sich ehrlich mühte, aber mit beherrschenden Kräfte nicht imstande war, die Konkurrenz mit einem Staatstheater auszuhalten. Sehr hübsche Neuenstudierungen konnten nicht über das leicht Provinziale, doch künstlerisch immer Risikoreiche in den Gesamtleistungen des Hauses hinwegtäuschen. Wirkliche Exzellenzen fehlten und, nach dem plötzlichen Abgang der drei leitenden Kapellmeister, nach der Flucht der solistischen Hauptkräfte, war es im vorigen Jahre überhaupt nur durch das Entgegenkommen der Staatsoper möglich, das Unternehmen zu halten. Das Ensemble war vollkommen zerstückelt, und es begann die unheilvolle Zeit der Gastspiele, wobei in einem einzigen Monat etwa 80 Gasse der Staatsoper ausgeführt wurden. Leo Blech zog als Generalmusikdirektor ein, betonte, weniger aus künstlerischen Gründen als aus höherer Not, diesen Star- und Gastescharakter des Instituts, und zog sich aus Gründen, die immer noch unklar sind, zurück. Seitdem ist das Fundament des Charlottenburger Opernhauses noch mehr erschüttert, was um so bedauerlicher ist, als die Leitung sich tatsächlich durch eine Renovierung des Ensembles und durch Engagements sehr tüchtiger Kapellmeister um ihre Rettung bemüht. Die gelegentlichen Gastspiele von Walter, Weingartner und anderen können allerdings

über den Mangel einer autoritären leitenden künstlerischen Kraft nicht hinweghelfen. Das Schicksal des Instituts ist in dem Augenblick entschieden worden, als das Kultusministerium die Gemeinnützigkeitserklärung des Unternehmens abgelehnt hat. Dadurch hat das Opernhaus allein an Aufwandssteuern nachträglich etwa 1/2 Million Goldmark zu zahlen. Das Ministerium wird seine Gründe haben; doch dürfte es das Staunen sehr vieler Menschen hervorrufen, daß Charlottenburg, immer bestrebt, Vereinen, Schulen und ähnlichen Organisationen für sehr billiges Geld Nachmittagsvorstellungen zu konzertieren, so viel schlechter behandelt wurde, als die Große Volksoper, bei der man von Gemeinnützigkeit so viel weniger gehört hat. Wäre für das Charlottenburger Opernhaus die Gemeinnützigkeit erklärt worden, so hätte es sich in nahezu gesicherter wirtschaftlicher Verfassung befinden und hätte dann durch Engagement eines prominenten Operndirektors das Schiff wieder in Gang bringen können. So aber scheint, wenn nicht ein neuer Waden aus der Asche erblüht, der Untergang gewiß.

Ober doch nicht ganz. Die Stadt Berlin muß ein Interesse daran finden (und findet es), für seine Bürger und Arbeiter eine große städtische Oper mit eigenem Haus zu haben. Es ist üblich bei großen Kommunalverwaltungen, daß der Magistrat städtischen Unternehmungen seine Hilfe nicht verweigert. Nur muß man von der künstlerischen Notwendigkeit eines Instituts durchdrungen sein. Bei dem Gegenwärtigen von Charlottenburger und Volksoper ist eine erprobte Entwicklung dieser privatkapitalistischen Unternehmungen nicht gewährleistet. Die Große Volksoper hat zwar kaum als Oper des Volkes gewirkt, aber im Laufe der wenigen Jahre ihres Bestehens ein sicheres Ensemble zusammengebracht und eine große Reihe von Erstaufführungen (russische Musik, händelsche Opern) herausgebracht. An ihrer Spitze steht ein Mann, dem organisatorische und Geschäftskennntnisse nicht abzusprechen sind, ja, der sogar in Verwaltungsdingen ein außerordentlich fähiger Mann ist. Daß auch der künstlerische Betrieb nach seiner Pflanze tanzen muß, ist unseres Erachtens ein großer Fehler. Auch hat Direktor Söngge in einer Zeit, wo große Teile seines Personals darben, für den Etat der Verwaltungsbeamten noch immer sehr hohe Beträge herausgewirtschaftet. Die unsichere Besterung des Unternehmens auf der Grundlage eines Hausvertrages, der in wenigen Jahren ablaufen mußte, kann auch nicht gerade als vorbedächtig und rücksichtslos bezeichnet werden. Der Griff nach Kroll mißlang, und jetzt hat sich die Direktion dadurch, daß sie die Majorität der Charlottenburger Opernisten durch den vormalsigen Direktor Wittmann in die Hände bekam (ein Kauf scheint uns ausgeschlossen), ein Bärenrecht auf das Charlottenburger Haus zu sichern versucht. Diese gesamte Hin- und Herbewegung von Direktoren, Kapellmeistern, Geldern und Aktien muß endlich aufhören. Der alte Kroll vor Kaufleistungen erfährt vorberartig offensichtlichen Transaktionen, und das Vertrauen des Publikums muß erschüttert werden bei den längst öffentlich bekannten finanziellen Unbeständen. Es gibt nur noch einen einzigen Weg der Gesundung, das ist der langsame oder auch schnelle Abbau der privaten Operninsulte. Für die relative kleine Schar der Opernbesucher, bei dem mangelhaften Fremdenverkehr in Berlin, sind zwei Opernhäuser reichlich genug, doch fast zu viel, vier ein fährer Wechsel auf den Bankrott. Volksoper und Charlottenburger Oper müssen vereinigt werden, aber nicht durch die Nachmittel von Aktienpaketen, sondern auf dem Boden ökonomischer und künstlerischer Gedanken-

gänge. Die Staatsoper, die städtische Oper — das muß die Devise sein. Staat und Stadt werden sich in dem Augenblick, in dem endlich eine solide Grundlage gefunden ist, ihren moralischen Verpflichtungen nicht entziehen und werden künstlerische Kräfte zu schützen, die in Not Geratenen zu stützen wissen.

Die proletarische Festerstunde, die am Sonntagmittag im Großen Schauspielhaus veranstaltet wurde, galt dem zwanzigjährigen Bestehen des Vereins sozialistischer Arbeiterjugend Groß-Berlin. Freudig war die sozialistische Jugend nach dem Großen Schauspielhaus gekommen und stülte das weite Rand des Hauses. Nach Orgelpredikation sang der von Roseberry d'Arguto vorzüglich gesungte Chor das fünfminütige Madrugal „Junges Volk“ und den stimmungsvollen atematischen Kanon „Sommer ist ins Land gekommen“. Dann hielt Staatssekretär Genosse Heinrich Schulz die Ansprache. Er erinnerte an die Anfänge der sozialistischen Jugendbewegung, er gedachte der Kämpfe und Widerstände im alten preussischen Polizeistaat, er sprach von der vorhergehenden Wirkung des Krieges, von dem schnellen und kräftigen Wachsen der sozialistischen Jugendorganisation und hatte für sie die aufrichtigsten und besten Wünsche in die Zukunft. Genosse Schulz sprach aus liebevollem Herzen, er sprach als wahrer Freund und Förderer der Jugend, und die Jugend am Sonntag im Großen Schauspielhaus dankte ihm mit lautem händeltischen. Die Uraufführung des tragischen Maskenspiels „Das Rad“ von Paul Jech, die nun folgen sollte, mußte leider wegen schwerer Erkrankung des Regisseurs Heinz Goldberg ausfallen. Es war gewiß kein Erfolg, wenn in die Bühne Theo Racet sprang und Gedächtnis von Lessing, Barthel, Weibcher, Henschel, Jürgen Brand und Berger registrierte. Aber er entledigte sich seiner Aufgabe mit viel Glück und großem Geschick und fand dankbare Zuhörer. Chorgesänge und Orgelphantasie, von Willi Jäger gespielt, beendeten die eindrucksvolle Kundgebung. R. F.

Das Gemüt und die Kanaille. Zwei Tanzabende im Blüthneraal. Ein schöner Jüngling mit dem unwahrscheinlich melodischen Namen Dindo Lovaci erscheint auf dem Podium, umschreitet langsam die Bühne, tief veronnen, die Augen halb geschlossen, oft unsicher schwanzend wie von Rauch oder Traum befangen. Schmeigt sich in welchen Bewegungen musikalischen Rhythmen an. Ein Pfeifer des neuen Tanses? Eher ein dienender Chorführer, ein sanftes passives Gemüt, kaum fähig zu selbständigen Gestalten, abhängig von den Tönen, die sein Körpergehirn inspirieren. Im Besitz einer beachtenswerten Technik, mit der er aber so wenig anzufangen weiß, daß seine besten Wirkungen wie ungewollte Zufallseffekte ausfallen. Im vorigen Jahre laute das Publikum ihn aus. Diesmal nahm man ihn ernst, nicht weil er reifer geworden wäre, sondern weil man inzwischen zugehört hat und den virtuosen Wacher von einem rechtlich Weisenden zu unterscheiden weiß, auch wenn dieser mit unzulänglichen Mitteln arbeitet.

Drei Tage später. Sturm an der Kasse. Ueberfüllter Saal. Balleta Gert tanzt. Ihre frühere Konzertsängerin „Kanaille“ hat sie aus dem Programm gestrichen. Aber sie könnte alle ihre Tänze so nennen, die alten wie die neuen. Nur die zwei letzten Nummern, eine schlichte eindrucksvolle Distanz „Demut“ und die wohlfeil knallige

herein nur fünfzigprozentige Glaubwürdigkeit zugebilligt werden kann. Fest steht, daß der Bürgerblock auf einer Lüge aufgebaut werden sollte — der Lüge von der außenpolitischen Wandlung der Deutschnationalen. Haben die Deutschnationalen der Regierung rückhaltlose Versicherungen gegeben, so ist sie selbst Opfer der Lüge. Sie hätte jedoch wissen können, zu wieviel Prozent deutschnationale und rückhaltlose und ausdrückliche Erklärungen ehrlich sind.

Schwarz-Rot-Gold voran!

Der Siegeszug des Reichsbanners der Republik.

Der Sonntag stand unter dem Zeichen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Am Niederrhein, am Oberrhein, im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland und in Potsdam fanden in achtvolle Kundgebungen für die Republik statt, die ganz vom Geiste der Einheit und der Siegeszuversicht getragen waren. Die Veranstaltungen verliefen in voller Harmonie. Weder die Kommunisten, noch die Nationalisten wagten die Feiern zu stören, und selbst in Potsdam, wo es die Deutschnationalen an Heberversuchen nicht hatten fehlen lassen, kam es dank der Disziplin und der moralischen Ueberlegenheit der Reichsbannermannschaften zu keinen größeren Zusammenstößen. Sehr gegen den Wunsch der Deutschnationalen. Schon die deutschnationale Montagspresse versuchte es so hinzustellen, als habe der Republikanertag in Potsdam unter dem Zeichen des Terrors und blutiger Auseinandersetzungen gestanden. Die amtliche Presse der Deutschnationalen nimmt diese Fälschungsmanöver auf. Sowohl die „Deutsche Tageszeitung“ wie die „Deutsche Zeitung“ und die „Kreuz-Zeitung“ sprechen von Täuschlichkeiten und Ausschreitungen der Reichsbannerleute.

Die „Deutsche Zeitung“ verleiht ihren Bericht mit der Ueberschrift „Blutige Heldentaten des Reichsbanners“. Noch findiger in der Fabrication von Schauermärchen und Schauerüberschriften ist die „Kreuz-Zeitung“. „Der Rachezug nach Potsdam“, „Das Reichsbanner provoziert“, „Schlägereien, Steinwürfen, Sowießerrie“, „Schwarz-rot-goldener Landfriedensbruch“, „Schwarz-Rot-Gelbe gegen das Publikum“ — signalisiert das Blatt seinen Lesern.

Daß es sich bei dieser Art von Berichterstattung um einen Teil jenes Verleumdungsfeldzuges handelt, der seit der Gründung des Reichsbanners von den völkischen und deutschnationalen Monarchisten systematisch getrieben wird, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Das Reichsbanner wird diese Angriffe in Ehren bestehen. Sie zeigen lediglich die Unehrliche und unehrenhafte Kampfweise sowie die Wut und Angst der Angreifer vor dem Einheitslager der Republikaner, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold!

Der Verleumdungsfeldzug gegen den Republikanertag in Potsdam war sorgfältig vorbereitet. Die reaktionäre Presse hatte es an aufputschenden Artikeln nicht fehlen lassen. Die „Kreuz-Zeitung“ vor allem ließ nicht im unklaren darüber, worauf man es im deutschnationalen Lager abgesehen hatte. Sie schloß einen maßlos aufreizenden Artikel am Tage vor der Veranstaltung mit den Worten:

„Der Rachezug ist um acht Tage verschoben worden, er soll morgen stattfinden. Die Herren Braun, Seering und Lohde sind wohl nicht im unklaren darüber, daß sie und mit ihnen die Sozialdemokratische Partei die moralische Verantwortung für alle Folgen tragen, die aus dem Rachezug nach Potsdam etwa entstehen werden.“

Bei den Deutschnationalen rechnete man nicht nur von vornherein mit Ausschreitungen, sondern man wünschte sie geradezu und ließ deshalb eine ergebene Presse die Rolle des agent provocateur spielen. Der Erfolg war der, daß tatsächlich einige Freunde der Methoden Ludendorff und Guderenz einen förmlichen Gastkrieg mit Stinkbomben gegen die aufmarschierenden Reichsbannermannschaften eröffnen, und daß man die Feiertage durch provozierende Lieber zu stören versuchte. Später folgten Angriffe rechtsradikaler Gruppen auf Fahnen

Pantomimik „Tod“, fallen aus dem Rahmen. Alles übrige ist unerschütterlich schmilzige, grimmig pietätlose Verunstaltung, tausendfach geprüfelter Haut-gout, gelangte Zeitalter. Jeder Spruch eine Pointe, jeder Schöpfung ein klaffendes Preisdenkmal. Keine Spur von tänzerischem Rhythmus, alles pantomimische Karikatur. Oßige, groteske Zerrbilder einer dem Untergang geweihten Ueberkultur. Im Parkett hörte ich eine Dame sagen: „Sie ist die größte neben der Wagnerin“. Es scheint doch, daß ein Teil des Publikums noch nicht genügend zugelernt hat. Sonst würde es die große, im Werden begriffene Kunst der Zukunft von einem geistreichen, blendenden Varietè zu unterscheiden wissen.

Im Blüthenaal wurde zum erstenmal ein Film gezeigt: „Mit der Hapag nach Südamerika“. Die Hamburg-Amerika-Linie hatte die Aufnahmen in Brasilien und Argentinien machen lassen, und die Hamburg-Amerika-Linie führt auch den Film vor. Was ein Reklamefilm, oder, wie man in solchen Fällen keiner und vorzüglicher sagt, ein Werbebild. Gewiß ist gegen derartige Vorbildungen nichts einzuwenden. Im Gegenteil, gerade der Film ist der geeignetste Vermittler der Kenntnis von deutschem Volk und deutscher Energie, und die Aufnahmen von dem Leben und der Industrie fremder Länder, von der Eigenart der Vegetation und der Schönheit der Landschaft vermögen zur Völkerverständigung wohl beizutragen. Aber es darf nicht mit derartig primitiven Mitteln und auf eine so unzulängliche Weise geschehen wie hier. Das Frieren und Fimmern der einzelnen Bilder war zum Teil unerträglich, die Aufnahmen waren meistens zu matt, die Beleuchtung im Vorführungsapparat bald zu schwach, bald zu grell. Dazu kam, daß der Mann am Apparat es überaus eilig hatte, und die Bilder im Colosseum ein Belchauer vorüberzogen. Auf die Prokte des Publikums möhigte er zwar das Tempo, aber einen nennenswerten Eindruck konnte eine solche Filmvorführung nicht hinterlassen. Schade darum. Die Hamburg-Amerika-Linie aber sollte diesen Film nicht auf Reisen schicken, sondern ihn durch einen anderen, schöneren und prägnanteren ersetzen und für gezielte Vorführung Sorge tragen.

Drei neue Coerekt-Expeditionen. Wie Londoner Blätter mitteilen, soll die für 1926 nunmehr festgesetzte neue englische Coerekt-Expedition zwei Routen erhalten. Sowohl die Schweizer wie die Deutschen bereiten Unternehmungen vor, die bereits im nächsten Jahr die Eroberung des höchsten Gipfels der Erde sich zur Aufgabe stellen. Die Schweizer Expedition wird aus 25 der besten und erfahrensten Bergführer bestehen, die von einem bekannten Amateur-Alpinisten geleitet werden. Die deutschen Alpinisten sollen nach den Angaben der englischen Blätter einen Fonds für die Organisation ihrer Expedition sammeln, und als Leiter soll der berühmte Jungsbruder Bergsteiger Philipp von Pfeiffer in Aussicht genommen sein, der in den Alpen eine langjährige Erfahrung gesammelt hat.

Die Musik. Die Gabelstift zur Blüte aller Kunst veranlaßt im Rahmen der Humboldt-Hochschule Mittwoch 8 Uhr in der Hochschule für Kunst einen Kammerabend, an dem zur Aufführung gelangen: Kompositionen Friedrichs II., Johann Sebastian Bachs, Friedemann Bachs und Prinz Louis Ferdinand.

Die nächste Knud Rasmussen. Nach mehr als dreijähriger Reise an der arktischen Küste traf in Seattle (Kalifornien) der Führer der dänischen Expedition zum Südpol, Knud Rasmussen, ein.

der Republik. Bei dieser Gelegenheit erhielt ein Reichsbannermitglied schwere Kopfverletzungen. Das sind Vorfälle, die der „Kreuz-Zeitung“ entnommen sind.

Wenn die Rechtspresse angeht dieser Laifachen von Provokationen des Reichsbanners spricht, so ist das die beste Illustration für die Berlegenheit, in die das Monarchistenlager durch den Verlauf des Potsdamer Republikanertages verlegt worden ist. Da man dem Reichsbanner nichts am Zeuge sitzen kann, muß man zu Fälschungen greifen. Das Reichsbanner wird sich durch derartige Manöver ebensowenig beirren lassen als die republikanische Bewegung. Sie wird am 7. Dezember mit der Fraktion Stinckbombe abrechnen.

Der Spandauer Abbaufandal.

Die endlose Reihe der skandalösen Abbaubeschlüsse ist dieser Tage in Spandau durch den (wenn auch nur provisorischen) Beschluß, den stellvertretenden Spandauer Bürgermeister, Genossen Dr. Herz, abzubauen, vermehrt worden. Der Beschluß ist mit einer knappen Majorität gefaßt. An ihm haben auch die Mittelparteien mitgewirkt. Die Motive dieses Beschlusses sind in den Verhandlungen ganz eindeutig zutage getreten, es handelt sich um ganz gewöhnlichen Antisemitismus, der sich bei den Demokraten ganz besonders gut ausnimmt. Im allgemeinen werden die Abbaubeschlüsse gegen sozialdemokratische Stadträte mit ihrer angeblichen Unfähigkeit begründet. Spandau ist ein Novum insofern, als dort der Abbau wegen besonderer Fähigkeit erfolgt; denn bei den Beratungen ist ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Genosse Dr. Herz als guter Jurist und Anwalt bei seinen nicht zu bestreitenden Fähigkeiten sehr bald in der Lage sein würde, sich eine neue wirtschaftliche Position zu schaffen. Die Spandauer sind wenigstens originell. Vielleicht könnte man, wenn diese Logik anerkannt wird, wenigstens alle übrigen Abbaubeschlüsse rückgängig machen. Denn da die Unfähigkeit der an anderen Orten abgebauten Sozialdemokraten selbstverständlich „gerichtsnotorisch“ ist, sind doch diese Sozialdemokraten wirtschaftlich am schlechtesten dran! In Wirklichkeit zeigen die krummen Gedankengänge bürgerbäulicher Logik nur, welche Verrenkungen die Herrschaften vornehmen müssen, um zu ihrem Ziel zu kommen. In allen bürgerlichen Parteien Spandaus ist nur die eine Ansicht vertreten, daß an der Qualifikation des Genossen Herz nicht gezweifelt werden kann. Aber er ist Jude, er ist Sozialdemokrat, er muß verbrannt werden. Bis jetzt ist der Spandauer Abbaubeschluß erst einmal gefaßt, also wohl nur als vorbereitender Beschluß entsprechend den Bestimmungen der Abbauperordnung aufzufassen. Wir richten an Demokraten und Zentrum die Frage, ob sie es wirklich bei diesem Skandal belassen wollen. Niemand, der die Spandauer Verhältnisse kennt, mag zu leugnen, daß hier eine ungeheuerliche Rechtsbeugung vorliegt. Noch ist es Zeit, sie rückgängig zu machen.

Bayern schließt O. C.

Ein Schritt bei der Reichsregierung.

München, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der Hauptverhandlung, die in der vorigen Woche vor dem Staatsgerichtshof zum Schluß der Republik gegen die Mitglieder der O. C. wegen Schelmhändel stattfand, ist nach Ansicht der bayerischen Regierung die Berufung der Richter in einer Weise erfolgt, die mit dem Abkommen zwischen der bayerischen Regierung und der Reichsregierung über die Bildung des Süddeutschen Senats beim Staatsgerichtshof nicht vereinbar sein soll. Die bayerische Regierung hat deshalb Schritte bei der Reichsregierung unternommen.

Eine Erklärung der Verteidiger im D. C.-Prozeß, Justizrat Hahn, läßt darauf schließen, daß der Schritt der bayerischen Regierung auf Unklarheit oder zum mindesten in Verbindung mit dem vom Staatsgerichtshof Verurteilten unternommen worden ist. Justizrat Hahn lehnt die Gründe für die Beschwerde im einzelnen auseinander. Der Kern ist der, daß der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes für drei verhinderte süddeutsche Beisitzer infolge der Dringlichkeit der Angelegenheit drei Beisitzer aus Norddeutschland herangezogen hat! Darin sieht die partikularistische Regierung Bayerns eine Verletzung der Abmachungen zwischen Bayern und dem Reich, so daß die Angeklagten entgegen dem Artikel 105 der Reichsverfassung ihrem ordentlichen Richter entzogen worden sein sollen.

Der Leipziger Komödie soll also eine Neuauflage der Komödie „Bayern und das Reich“ folgen. Es ist eine schöne Sache, wenn sich Leute, die sich den Kampf gegen Verfassung und Republik zur Aufgabe gemacht haben, auf die Regierung des zweitgrößten Landes stützen können!

Undeutsch und antinational!

Deutschnationale Begrüßung für den Zentrumsparteitag.

Trotz der gewaltigen Enttäuschung der Deutschnationalen über das Fehlschlagen ihrer Hoffnungen rechnen die Deutschnationalen noch mit der Möglichkeit eines Bürgerblocks mit Hilfe des Zentrums nach den Wahlen. Graf Westarp hat in der „Kreuzzeitung“ erneut die Wahlparole für den Bürgerblock ausgegeben.

In der deutschnationalen Presse aber bricht die Enttäuschung über die Spekulation auf künftige Regierungsbildung durch. Die „Bommerische Tagespost“ bezieht das Zentrum undeutscher Gesinnung:

„Das Zentrum hat sich entlarvt! Die unwürdige, hinterhältige Rolle, die es in den Tagen der Regierungskrise gespielt hat und die jedem Deutschen angesichts solchen widerwärtigen politischen Ingratentums eine Parlamentsauflösung nur wünschenswert machten — diese Rolle hat ein für allemal gezeigt, daß in dieser Partei nationale Fragen keine Rolle spielen. Der Sieg des linken Zentrumsstüßers beweist zur Genüge, wie unvaterländisch man in diesen Kreisen schon immer eingestuft war. Es war nur ein Köder, den man bereitend auswarf, wenn man je einmal sich bewegen sollte, die nationale Parole herauszustellen. Das hat uns der 20. Oktober enthüllt. Und das müssen wir immer im Gedächtnis behalten. Mag es im Lande noch so viel ehrlich deutschführende Katholiken geben, mögen noch so viele der Ueberzeugung sein, daß sie sich im Katholizismus nur einer religiösen Beibehaltung, nicht aber einer besonderen politischen Lebensform verpflichtet hätten, als Partei, als praktischer politischer Wille ist das Zentrum undeutsch und antinational.“

Das größte Blatt der Deutschnationalen im Lande, die „Hamburger Nachrichten“, sagen zur Erklärung der Unterhändler des Zentrums über den Gang des Regierungshandels:

„Das ist in aller Berlegenheit und Hinterlist echt ultramontane Rache. Nach gradem deutschen

Denken kann jene Zustimmung nur bedeuten, daß nach Annahme des Londoner Pakts die deutschnationale Reichstagsfraktion sich in Reichskabinett erhalten sollte.“

Berlegenheit, Hinterlist, undeutsch, antinational! Eine freundliche Begrüßungsansprache für den Zentrumsparteitag! Die Wut macht die Deutschnationalen offener. Der widerwärtige Charakter der Politik halb und halb der Deutschnationalen tritt um so klarer hervor.

Der dumme Jude Marx.

Die Wahlparole der evangelischen Pastoren.

Das im Verborgenen blühende Blättchen der evangelischen Pastoren, der „Reichsbote“ — lebst du auch noch? — instruiert seine Leser in den Pfarrstuben für den Wahlkampf, den es im Geiste Luthers führen will:

„Nun gilt es aber mit aller Macht, so viele Deutsche wie möglich mit diesem freien, fröhlichen Christengeiste Luthers zu erfüllen. Der Jude wird wie eine innere Lebensform wirken, von der aus Ehrlichkeit, Geduld, Ratschaffenheit, Ehrfurcht, Liebe, Vertrauen, Einigkeit in alle Lebensgebiete unseres Volkes dringen werden. Man wird sich abkehren von dem teuflischen Lügengeiste des im Grunde dummen, nur von wahnsinnigem Ehrgeiz und Herrschsucht getriebenen Juden Marx.“

Man erzählt folgende Anekdote von Serenissimus: Serenissimus zu Kindermann: „Ach, lieber Kindermann, hm ja, Bismarck? — Reiter Kerl, wirklich netter Kerl! Aber dummi! Dummi!“

Also Wahlparole der Pastoren: gegen den dummen Juden Marx. Für solche Leser des „Reichsboten“, die nicht im Bilde sind: sie meinen natürlich: Marx, Karl, nicht Marx, Wilhelm.

Eine deutschnationale Irreführung.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ mußte dieser Tage zu berichten, daß der Schriftsteller v. Gleichen-Rußwurm sich wegen Herabsetzung der republikanischen Staatsform und wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Ebert und des preussischen Innenministers Seering vor dem Schöffengericht in Berlin-Schöneberg zu verantworten gehabt hätte und daß das Gericht unter Ablehnung des angebotenen Wahrheitsbeweises den Angeklagten freigesprochen hätte mit der Begründung, daß v. Gleichen die republikanische Staatsform nicht habe verächtlich machen wollen.

Dieser Bericht des deutschnationalen Blattes ist — man kann wohl annehmen absichtlich — irreführend; denn es hat sich nicht um ein Beleidigungsverfahren gehandelt, das die Stellung eines Strafverfahrens durch den Reichspräsidenten zur Voraussetzung gehabt hätte, sondern um ein Verfahren auf Grund des Republikshuhgesetzes, an dem der Reichspräsident persönlich selbst unbeteiligt war wie der preussische Innenminister.

Wahlvorbereitungen.

Die Deutschkonservativen, deren immer noch vorhandene Organisation als Aufsichtsinstanz für die politische Haltung der Deutschnationalen funktioniert, erlassen folgenden Aufruf an ihre Mitglieder:

„Namens des Engeren Vorstandes der Konservativen Partei fordern die unterzeichneten Vorstehenden die konservativen Parteifreunde auf, bei den bevorstehenden Wahlen zum Reichstag und Preussischen Landtag sich für die Deutschnationale Volkspartei einzusetzen, deren Geschlossenheit zu wahren und jede Wahlmüdigkeit zu bekämpfen. Um diese Aufgabe mit Erfolg lösen zu können, ist es erforderlich, daß bei der Aufstellung der Wahllisten der konservative Gedanke innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei zu angemessener und wirksamer Vertretung gelange. Wir fordern deshalb unsere Freunde weiter auf, sich in den Kreisvereinen und Landesverbänden auch hierfür mit aller Entschiedenheit einzusetzen, weil nur so Gefahren der Abspaltung und Wahlmüdigkeit verhindert werden können. Graf Westarp, D. Graf Seidlitz-Sandreczki.“

Die Deutschkonservativen werden dafür sorgen, daß die Jagger abgelehrt werden. Der homburger Schreden spricht aus der Furcht vor der Wahlmüdigkeit.

Der Professor Gerland, der aus der Demokratischen Partei ausgestiegen ist, veröffentlicht einen offenen Brief an den Parteivorstand nach. Er hat an der Demokratischen Partei auszusetzen: ihr Eintreten für das Reichsbanner, für den Völkereid, die Duldung der Passifanten Schönaich, Schilling, Quide, das Nichtintreten für den Brotwucher. Herr Gerland gehörte zu den Wächern des Thüringer Hungerblocks. Das und sein Brief an Koch zeigen, wie er die Demokratie auffaßt. Ungefähr so, wie die Volkspartei den Begriff: Verfassungspartei.

Wie aus Kreisen der Bayerischen Volkspartei mitgeteilt wird, liegen zur Ausgleichung der Gegensätze zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei zwei Vorschläge vor. Die Bayerische Volkspartei schlägt vor, das Zentrum soll in Bayern keinen Kandidaten aufstellen und soll den bisherigen Abg. Hofmann-Ludwigshafen auf die Reichsliste nehmen. Der in der Folge von der Bayerischen Volkspartei aufgestellte Kandidat Benersdorfer bleibt ohne Gegenkandidat. Das Zentrum macht dagegen folgenden Vorschlag: Im rechtsrheinischen Bayern wird vom Zentrum kein Kandidat aufgestellt, im linksrheinischen Bayern (Pfalz) wird eine gemeinsame Liste aufgestellt mit Benersdorfer als ersten, Hofmann als zweiten Kandidaten. Dieser Vorschlag wurde von der Bayerischen Volkspartei abgelehnt, jedoch soll Aussicht bestehen, daß der Vorschlag der Bayerischen Volkspartei doch noch durchdringt.

Der Vertretertag der Deutschdemokratischen Partei in Württemberg hat in einer einstimmigen angenommenen Entschließung die Haltung der Fraktion und des Parteivorstandes während der letzten Regierungskrise einmütig gebilligt und ist für eine entschlossene Fortsetzung der Politik der Mitte eingetreten. Als Spitzenkandidaten sind aufgestellt: Dr. Ing. Philipp Wieland, Dr. Theodor Heuß, beide Mitglieder des kaiserlichen Reichstags, und Otto Henne, Obermeister und Präsident der Handwerkskammer in Reutlingen.

Nach dem Reichswahlgesetz müssen Kreiswahlvorschläge von mindestens 500 Wählern unterzeichnet sein. An Stelle von 500 Wählern genügen 20, wenn glaubhaft gemacht wird, daß mindestens 500 Wähler Anhänger des Wahlvorschlags sind. Der Reichsminister des Innern hat empfohlen, für die Parteien, die im letzten Reichstag durch Abgeordnete vertreten waren, diese Glaubhaftmachung ohne weiteres als erbracht anzusehen. Zu diesen Parteien zählen folgende: Bayerische Volkspartei, Bayerischer Bauernbund, Deutschnationale Partei, Deutsche Volkspartei, Deutsche Zentrumspartei, Deutschnationale Volkspartei, Deutschnationale Partei, Landliste, Liste der Kommunisten, Nationalsozialistische Freiheitspartei, Sozialdemokratische Partei, Wirtschaftsgruppe der Deutsch-hannoverschen Partei, Wirtschaftspartei.

Gewerkschaftsbewegung

Der Lohnkonflikt bei der Reichsbahn.

Die Verhandlungen über die Erhöhung der Eisenbahnerlöhne mit der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn sind gestern ergebnislos verlaufen. Zunächst entrollte ein Vertreter der Finanzverwaltung ein Bild der Finanzlage des Eisenbahnbetriebes. Diese sei keineswegs so rosig, wie man im allgemeinen annehme. Er verwies auf die Belastung des Betriebes durch die Reparationsleistungen. Die Einnahmen seien sehr gering. Selbst das Herbstgeschäft sei ungünstiger ausgefallen als man annehmen konnte. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit, die Ausgaben einzuschränken. Eine allgemeine Lohnerhöhung sei nicht möglich, zumal die Eisenbahnerlöhne einen Vergleich mit den Industrielöhnen durchaus auszuhalten vermöchten. Von den 450 000 Arbeitern der Reichsbahn hätten etwa 400 000 ebenso hohe oder höhere Löhne als die Industriearbeiter. Die Reichsbahn könne den Vormarsch auf dem Lohngebiet nicht abtrotzen. Mit Ausnahme örtlicher Nachprüfungen könne nichts zugeführt werden.

Die Gewerkschaftsvertreter übten scharfe Kritik an diesen Darlegungen. Der Industrielohn könne nicht maßgebend sein. Die Industrie habe nicht acht Lohngruppen wie der Eisenbahnbetrieb, keine so hohen Spannungen und auch keine zehntägige Lohnzahlung. Im übrigen konnten die Gewerkschaften nachweisen, daß zum Teil der Industrielohn über dem Eisenbahnerlohn liegt. Auch die Kommunen zahlten im allgemeinen höhere Löhne. Die Gewerkschaften verwiesen auf den Schiedsspruch für Mitteldeutschland, der den Gemeindefabrikanten eine Lohnzulage von 8 Pf. pro Stunde, auf drei Monate verteilt, zugesprochen habe. Die Rot des Eisenbahnerpersonals steige ins Unerschwingliche. Die Steigerung der Kosten der Lebenshaltung sei nicht mehr zu bestreiten. Der zunehmenden Verelendung müsse unter allen Umständen Einhalt geboten werden. Es sei unbegreiflich, daß die Eisenbahnverwaltung nicht einmal den Ausgleich schaffen wolle für den seit der letzten Lohnerhöhung um 12 Punkte gestiegenen Reichsindex. So fehlerhaft und mangelhaft auch dieser Index sei, es müsse beurteilt werden, daß eine Stelle auf die andere warte. Das Reichsfinanzministerium vertritt die Staats- und Reichsarbeiter bis zur Regelung der Eisenbahnerlöhne, während die Eisenbahnverwaltung andererseits ihre Arbeiter auf die zukünftigen Industrielöhne verweist.

Die Verwaltungsvertreter erwiderten, daß die Kommunen höhere Löhne zahlen könnten, weil sie keine Rücksicht auf das allgemeine Wohl nehmen. (?!). Was sie zahlen, holen sie wieder heraus und nicht zuletzt aus der Arbeiterchaft selbst. (Und die Reichsbahn etwa nicht?) Die Eisenbahn müsse jedoch eine andere Taktik verfolgen. Im übrigen sei eine neue Aktion vorbereitet für einen Abbau der Preise. (Wenn die nur nicht wieder eine neue Teuerungswelle bringt.) Die Verwaltung erkenne die Not wohl an, habe auch den Willen, etwas zu tun, es fehle aber an dem Können.

Die Gewerkschaften erklärten dazu, daß die 300 Millionen Mark, die infolge der Tarifminderung der Eisenbahnkasse im Jahre verloren gingen, nichts weiter bedeuten als eine Liebesgabe an das Privatkapital. Kein Mensch im Lande glaube noch an einen Preisabbau, wenn nicht eine andere Wirtschaft- und Steuerpolitik getrieben werde. Der Eisenbahnbetrieb hätte alle Ursache, sein Personal ausständig zu bezahlen und leistungsfähig und arbeitsfreudig zu erhalten. Man müsse die Ueberzeugung gewinnen, daß einzig und allein das Privatkapital Kommandiere und die Eisenbahnverwaltung ihm willig Folge leiste. Das Personal müsse dabei jedes Interesse an Betrieb und am Staat verlieren. Demnach müßten die Gewerkschaften an einer allgemeinen Zulage festhalten. Sie würden alles aufbieten, das zu erreichen.

Protestversammlung der Berliner Wohnhausportiers.

Am Freitag waren die Wohnhausportiers und Portierfrauen überaus zahlreich dem Aufste der Organisation gefolgt, um den Bericht über den Verlauf der Bewegung entgegenzunehmen. Nachdem viel über die Frage: Braucht die Arbeiterchaft die gewerkschaftliche Berufsvertretung? erörtert hatte, berichtete Sacher über die Verhandlungen vor dem Landgericht III. Er erklärte am Schluß seiner Ausführungen, daß trotz aller Gerichtsentscheidungen der Kampf um das Recht der Berufscollegen weiter geführt werden muß. Der Vertreter beim Landgericht, H.-A. Dr. Mellentin, machte längere Ausführungen über die Verhandlungen vor dem Landgericht und wies auf Grund seiner dem Gericht vorgebrachten Tatsachen nach, daß das Urteil, das die Hausbesitzer als nicht tariffähig erklärt, ein Fehlurteil sei und von der höheren Instanz sicher korrigiert werden wird.

In der Diskussion kam die Entrüstung darüber zum Ausdruck, daß man es immer noch wagt, die Hausangehörigen in den Wohnhäusern als Menschen zweiter Ordnung zu betrachten. Man verlangt von ihnen prompte Erfüllung ihrer Pflichten, ohne zu fragen, ob die gewährte Entlohnung überhaupt noch als Bezahlung angesehen werden kann. Der Reichssekretionsleiter Werner betonte, daß die Verhandlung keine Kosten scheuen werde, um die schwer um ihre Existenz kämpfenden Portiers in jeder Weise zu unterstützen. Voraussetzung aber sei, daß auch die Portiers alles aufbieten, um die Organisation weiter zu stärken und auszubauen. Die Stimmung der Versammlung wurde ausgedrückt in der einstimmigen Annahme folgender Entschlüsse:

„Die am 24. Oktober 1924 in den Auguste-Viktoria-Sälen äußerst zahlreich versammelten Wohnhausportiers und Portierfrauen nehmen mit Enttäuschung Kenntnis von dem Verlauf der Feststellungsfrage vor dem Landgericht III. Die Versammelten betrachten das Urteil des Landgerichts als ein Fehlurteil. Sie erwarten, daß die Organisation nichts unversucht läßt, um der am schlechtestbezahltesten Berufsgruppe zu ihrem Recht zu verhelfen.

Die Versammelten geloben, auch ferner treu zur Fahne der freigewerkschaftlichen Organisation zu stehen und besonders dafür Sorge zu tragen, daß auch der letzte Kollege, die letzte Kollegin Mitglied des Verbandes wird, damit eine geschlossene Front den Ausbeutern gegenübersteht.

Zum Diegnitzer Böttcherstreik.

Wir berichteten bereits am 18. Oktober im „Vorwärts“ über den unbedingten Einfluß der Technischen Rothilfe durch die lokalen Behörden in dem Diegnitzer Böttcherstreik. Wie uns jetzt von der Geschäftsleitung des Böttcherverbandes mitgeteilt wird, hat inzwischen der preussische Handelsminister, nachdem seiner ersten Anordnung, die „Leno“ zurückzuziehen, nicht Folge geleistet wurde, am 23. Oktober die Diegnitzer Regierung erneut angewiesen, die Technische Rothilfe aus den Sauerkrautbetrieben sofort zurückzuziehen und wegen der etwaigen Not-

standarbeiten mit den sich dazu bereit erklärenden Böttchern zu verhandeln. Auch das hat nichts genützt. Am gestrigen Montag ging beim Böttcherverband telephonisch die Meldung ein, daß die „Leno“ nach wie vor die Arbeiten der streikenden Böttcher in Diegnitz verrichtet und erneut Schupo in die Betriebe gelogt wurde. Der Böttcherverband, dessen Mitglieder jetzt nahezu 5 Wochen streiken, erklärt, daß in einer Verhandlung am 25. Oktober die Diegnitzer Arbeitgeber in den Einlegereien gar keine Veränderung in ihrer reaktionären Haltung zeigten. Der Böttcherverband sagt weiter: „Es ist ja auch gar kein Wunder, die Herren Unternehmer wissen ja, daß die Diegnitzer Regierungsstellen auch die

Auf zum Wahlkampf!

Oeffentliche Wählerveranstaltungen:

Niederschönhausen: Mittwoch, den 29. Oktober, 7 1/2 Uhr: Schloß Schönhausen, Lindenstr. 11. Thema: „Warum wurde der Reichstag aufgelöst?“ Referent: Artur Crispian. — Die Genossen von Pantow sind eingeladen.

Donnerstag, den 30. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:

Neukölln und Kreuzberg: im großen Saal der „Neuen Welt“, Hafenside.

Charlottenburg: Hohenzollern-Festhalle, Berliner Straße 105 (Ecke Wilmersdorfer Straße).

Steglitz: Gymnasium, Heefestraße.

Tagesordnung:

**Nieder mit dem Bürgerblock!
Es lebe die Sozialdemokratie!**

Redner: Kuttner, M. d. L., Seewering, Minister des Innern, Ströbel, M. d. R.

Freitag, den 31. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:

Berlin-Mitte: Musikfeste, Kaiser-Wilhelm-Straße 31.

Tiergarten: Arminiushallen, Bremer Straße 73. — Rationalhof, Bülowstraße 37.

Wedding: Germaniastraße, Chausseestraße 110.

Spandau: Restaurant Markthalle, Fischersdorfer Straße.

Wannsee: Reichsadler, Königstraße 26. (Beginn 8 Uhr.)

Fehlendorf: Lindenspark, Berliner Str. 108. (Beginn 8 Uhr.)

Friedenau: Rathaus (Bürgeraal), Am Lauterplaz.

Tempelhof-Mariendorf: Aula Kurfürstenstraße in Mariendorf.

Ober- und Niederschöneweide, Johannisthal: Aula Berliner Straße in Niederschöneweide.

Lichtenberg: Schulaula Barkau.

Weißensee: Aula Realgymnasium, Woelckpromenade.

Pantow: Konzerthaus Linder, Breite Straße 34.

Reinickendorf-Legel: Schützenhaus in Reinickendorf-Ost, Reifendenzstraße 1/2.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

**Nieder mit dem Bürgerblock!
Es lebe die Sozialdemokratie!**

Redner: Aufhäuser, M. d. R., Clara Bohm-Schuch, M. d. R., Crispian, M. d. R., Paul Hirsch, M. d. L., Helmig, Regierungsrat Joachim, Künstler, Kuttner, M. d. L., Dr. Löwenstein, Otto Meier, M. d. L., Dr. Moses, Heinrich Ströbel, M. d. R., Heinrich Schulz, Stelling, Dr. Weyl, M. d. L.

**Genossinnen und Genossen Berlins! Hamburg ist ein Vorbild, hinter dem Berlin nicht zurückbleiben darf. Auf zum Wahlkampf!
Sorgt für Massenbesuch der Versammlungen!**

Anordnung des preussischen Handelsministers sabotieren.

Der Böttcherverband weist öffentlich darauf hin, daß er jede Verantwortung über die nunmehr kommenden Dinge ablehnt. Es ist alles geschehen, um den Kampf mit gewerkschaftlichen Mitteln und in dessen Richtlinien zu führen, indes macht der jetzt vier Wochen dauernde Rechtsbruch durch die amtlich geschützte „Leno“ einen geordneten Ablauf der Bewegung unmöglich.

Die Technische Rothilfe sandte uns eine umfangreiche „richtigstellende Erwiderung“ auf die Ausführungen in Nr. 492 des „Vorwärts“. Sie behauptet, daß ihrem Einfluß Verhandlungen bei der Regierung in Gegenwart des Leiters der zuständigen Lenodienststelle vorausgegangen seien, die zu keinem Ergebnis führten. Erst nach Verzug aller Schritte zur Vermeidung des Einflusses sei diese erfolgt. Ihr sei die Einholung eines Gutachtens der Regierung in Diegnitz vorausgegangen, das der Generalrat dahin abgegeben habe, wonach die Böttcherarbeiter Notstandsarbeiten seien. Die „Leno“ habe außerdem ein Gutachten beim Diegnitzer Städtischen öffentlichen Untersuchungsamt für Nahrungsmittel, Genussmittel und Gebrauchsgegenstände eingeholt, das ebenfalls den Einfluß der „Leno“ für erforderlich bezeichnete.

Entgegen den Angaben im „Vorwärts“ gehöre dem Vorstand der Diegnitzer „Leno“ weder der dortige Syndikus noch die in Frage kommenden Unternehmer an.

Ist die ganze Sache wirklich so wichtig, dann könnte sie doch den Unternehmern nicht so wenig wichtig erscheinen, als daß sie die Böttcher vier Wochen lang streiken lassen, ohne mit ihnen zu verhandeln und sich mit ihnen zu einigen. Die Streiker tragen das Risiko des Lohnausfalls, den Unternehmern nimmt die „Leno“ das Risiko ab, so daß sie dem Streik offenbar ruhig zusehen können. Wäre der Rohl wirklich dem Verberb ausgesetzt, dann müßte doch mit den Unternehmern ein Wort geredet werden, die es darauf ankommen lassen, anstatt den Unternehmern Streikbrecher zu liefern, sie in ihrem harterbitten Widerstand gegen ordentliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu stärken. Geradezu skandalös ist aber die Tatsache, daß trotz zweimaliger Aufforderung des Handelsministers, die

„Leno“ aus den Streikbetrieben zurückzuziehen, der Regierungspräsident diese Anordnungen nicht befolgt und die „Leno“ weiterhin die Streikarbeiten der Böttcher verrichten läßt.

Neue Löhne für Kellerarbeiter.

Für die in den Weingroßhandlungen und Vitöbetrieben beschäftigten gewerblichen Arbeitnehmer hat der Deutsche Verkehrsverband dem Arbeitgeberverband der Getränkeindustrien das im April getroffene Lohnabkommen gekündigt. Gefordert wurden mit Rücksicht auf die Verhältnisse 20 Proz. Zulage. Die Arbeitgeber lehnten eine Verhandlung ab, so daß der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin entscheiden mußte. Am 21. Oktober wurde ein einstimmiger Schiedsspruch gefällt, der eine Zulage von 10 bis 12 Proz. von der laufenden Lohnwoche vorwärts. Beide Vertragsparteien haben den Schiedsspruch angenommen. Abzüge des Lohnabkommens sind im Verkehrsband, Engelauer 24/25, Zimmer 32, gegen Mitgliedsausweis zu haben.

Schiedsspruch im mitteldeutschen Gemeindefabrikantenstreik.

Halle, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonnabend toste die vom amtlichen Schlichter in Mitteldeutschland berufene Schlichtungskammer im Gemeindefabrikantenstreik, die einen Schiedsspruch dahin fällte, daß der Augustlohn mit Wirkung ab 3. September bis 30. September um 3 Pf. auf 54 Pf. erhöht wird. Ab 1. Oktober wird der Septemberlohn von 54 auf 57 Pf. erhöht. Ab 1. November wird der Oktoberlohn von 57 auf 59 Pf. erhöht. Hierzu treten Hausstands- und Kindergebühren. Die alten Lohnklassen bleiben bestehen. Der Schiedsspruch ist von der Lohnkommission der Gemeinde- und Staatsarbeiter mit geringer Mehrheit angenommen unter der Bedingung, daß Wahregelungen im mitteldeutschen Gebiet nicht stattfinden dürfen. Die Gemeindefabrikanten Mitteldeutschlands haben hiernach durch ihr einmütiges Zusammenstehen einen Sieg auf der ganzen Linie errungen.

Das vorbildliche Wien.

Am Sonntag wurden in Wien Neuwahlen zu der Genossenschaft der Handlungsgehilfen vorgenommen. Diese Körperschaft, hauptsächlich eine Berufsrankenkasse, ist ehemals von den Christlichen-Sozialen beherrscht worden. Schon lange vor dem Kriege gelang es aber den Sozialdemokraten, sie zu erobern und jetzt stehen den sozialdemokratischen Kandidaten überhaupt keine Gegner mehr gegenüber. Trotzdem es sich also diesmal um keine eigentliche Wahl handelte und schon eine geringe Beteiligung der sozialdemokratischen Wähler genügt hätte, um den Sieg ihrer Liste sicher zu stellen, so war doch die Wahlbeteiligung außerordentlich stark. Im Dezember 1918 waren 9175, im November 1921: 11 225 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden. In diesem Sonntag stieg die sozialdemokratische Stimmenzahl auf 18 455.

Dieser Vorgang bezeugt aufs neue die außerordentliche Pflichttreue, von der die sozialdemokratische Arbeiterchaft Wiens und ganz Oesterreich erfüllt ist. Dieser Pflichttreue ist es zu danken, daß die österreichische Arbeiterbewegung sich als ein starkes Bollwerk gegen alle Angriffe der Reaktion gehalten, und daß auch die Zerpfaltungsversuche der Kommunisten fast ohne Spuren an ihr vorübergegangen sind. Die deutschen Arbeiter sollten sich bei der kommenden Reichstagswahl an den Wiener Sozialdemokraten ein Beispiel nehmen.

Schuhmacher-Schwindel. In der letzten Nummer der Zeitung des Bekleidungsarbeiterverbandes (Opposition) wird mitgeteilt, daß der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband das gekündigte Lohnabkommen ohne Lohnerhöhung mit den bisherigen Löhnen auf vier Wochen verlängert habe. Diese Behauptung ist eine glatte Unwahrheit. Wir ersuchen unsere Mitlieder, auf diesen Schwindel nicht hereinzufallen. Der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband ist vielmehr bemüht, die gestellten Lohnforderungen durchzusetzen und zur Durchführung zu bringen. Deutscher Bekleidungsarbeiterverband, Zentralleitung.

Für die Nordwestgruppe der Eisenindustrie hat der Reichsarbeitsminister die gestellten Schiedssprüche vom 10. Oktober betr. Lohnerhöhung um 5—6 Proz. und vom 16. Oktober betr. Verlängerung des Mehrarbeitszeitabkommens bis zum Februar nächsten Jahres mit sofortiger Wirkung für verbindlich erklärt. (Ist das die von Dr. Braun in Köln versprochene baldige Rückkehr zum Achtstundentag?)

Wiktoria-SSB-Gewerkschaften! Mittwoch nachmittags 4 1/2 Uhr Versammlung im Lokal des Genossen Schilling, Adlerstr. 1. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent Genosse Otto Riese. 2. Diekskation. Parteigenossen, der Reichstag ist aufgelöst! Auf in den Wahlkampf! Schilling tritt für die Versammlung. Der Vorstand. S. A. Geiffert.

Verbandsrat der Schuhmacher. Gemeinsame Besondereversammlung der Friedrichshagen-Wahlhelfer und der Schuh- und Reparaturmacher Mittwoch abends 8 1/2 Uhr im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 25. Bericht über die Lohnverhandlungen mit dem Verein Berliner Schuhhelfermeister und den Anträgen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; **Wirtschaft:** Artur Seifert; **Gewerkschaftsbewegung:** H. Eckart; **Reinickendorf:** Dr. John Schilowski; **Verwaltung und Sonstige:** Aris Karstadt; **Referent:** Th. Giese; **Sitzlich in Berlin:** Berlog; **Berlin-Verlag:** G. m. b. H. Berlin. **Druck:** Berlog-Verlag; **Verlagsanstalt:** Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. **Stier 2 Verlagen.**

EINER
sagt es dem Andern

DUNLOP

CORD

die Weltmarke

bürgt für Qualität!

Sophien-Säle Sophienstraße 17-18.
Norden 9296. **Säle frei!**

NEU **Blaukopf** **in Friedensformat**

Die beliebteste **39 KRESSIN** ZIGARETTE

in bekannt überragender Qualität

ZIGARETTENFABRIK OTTO KRESSIN, BERLIN, SCHÖNHAUSER-ALLEE 149.

Das Berliner Wohnungsrecht.

Bei vielen Mietern herrscht große Unklarheit über das augenblicklich in Berlin bestehende Wohnungsrecht. Den folgenden sollen daher die wichtigsten Bestimmungen mitgeteilt werden. Am 24. August hat der Magistrat im Gemeindeblatt das neue Berliner Wohnungsrecht veröffentlicht, das mit dem 1. September 1924 in Kraft getreten ist. Nachdem am 1. Oktober 1923 das Wohnungsmangelgesetz und das Gesetz über Mieterchutz und Mietvertragsänderung, die die Grundlage für das Wohnungsrecht bildeten, in Kraft getreten waren, mußte auch das Berliner Wohnungsrecht einer Abänderung unterzogen werden.

Möblierte Zimmer.

In den Grundzügen der Wohnungswirtschaft ist nichts Wesentliches geändert worden, insbesondere bringt das neue Wohnungsrecht noch nicht die Freigabe der Geschäftsräume und Wohnräume von mehr als 6 Zimmern, die von den Vermietern vielfach erhofft wurde. Insofern ist jedoch eine Erleichterung eingetreten, als möblierte Zimmer — nicht möblierte Wohnungen — nicht mehr der Zwangswirtschaft unterliegen. Einzelne möblierte Zimmer brauchen daher nicht mehr dem Wohnungsamt angezeigt zu werden, sobald sie freistehen. Es ist auch nicht notwendig, nach Abschluß eines Mietvertrages dem Wohnungsamt hiervon Kenntnis zu geben. Desgleichen können auch einzelne möblierte Zimmer im Anzeigenteil einer Zeitung zur Vermietung ausgeben werden. Eine Lockerung der Zwangswirtschaft ist ferner auch dadurch erfolgt, daß Mietverträge nur noch anzeigepflichtig sind, sobald sie leere oder möblierte Wohnungen, selbständige Wohnungsteile und leere Zimmer, die zur Vermietung bestimmt sind, betreffen. Anzeigepflichtig sind also nicht mehr Mietverträge über Geschäftsräume.

Wohne „zu Hause“!

Die Bestimmungen über die Inanspruchnahme von Wohnungen sind zum Teil erweitert, zum Teil eingeschränkt worden. Wird eine Wohnung von dem Hauptmieter länger als 3 Monate nicht benutzt oder gibt der Hauptmieter die Wohnung auf, so kann das Wohnungsamt ohne Rücksicht darauf, ob sich in der Wohnung noch ein Untermieter aufhält, die Wohnung in Anspruch nehmen und einem Wohnungssuchenden zuweisen. Mit dieser Bestimmung werden alle die Fälle getroffen, in denen Mieter zum Nachteil der bei den Wohnungssuchenden angemeldeten Wohnungssuchenden über ihre Wohnung verfügen, indem sie zunächst einen Untermieter bei sich aufnehmen, dem sie dann hinterher gegen Zahlung einer Abstandssumme die gesamte Wohnung überlassen. Wenn auch alle Kamern des Mietvertrages und auch die Beschwerdestelle des Landgerichts die Maßnahmen der Wohnungsämter gegen solche Untermieter, die sich die Wohnung erschließen haben, bestätigt haben, so ist es dennoch zu begrüßen, daß eine derartige Bestimmung in das neue Recht aufgenommen worden ist. Eine andere sehr einschneidende Bestimmung räumt dem Wohnungsamt die Befugnis ein, alle Räume zu beschlagnahmen, die zu unbilligen oder geschwändrigen Zwecken benutzt werden. Zur Zeit, als die Unterbringung der Ruhrflüchtlinge außerordentliche Maßnahmen notwendig machte, war von der Regierung angeordnet worden, daß Räume, die derartigen Zwecken dienen, den Inhabern ohne weiteres fortgenommen werden und zur Unterbringung von Flüchtlingen verwendet werden konnten. Nach dem neuen Recht sollen derartige Räume ohne weiteres von den Wohnungsämtern in Anspruch genommen werden können. Es können danach z. B. Räume beschlagnahmt werden, in denen ohne erforderliche Genehmigung Glücksspiele geduldet und Tanzvorführungen veranstaltet werden oder die von den Inhabern als Absteigequartier usw. benutzt werden.

Die Vererbung von Wohnungen.

Eine Neuregelung ist auch hinsichtlich der Vererbung von Wohnungen getroffen worden. Bisher haben die Wohnungsämter den Anspruch eines Erben auf die Wohnung nur dann anerkannt, wenn der Erbe zurzeit des Erbfallalles in der Wohnung gewohnt hat und auch dort polizeilich gemeldet war. Neuerdings wird im Erbfolge der Anspruch auf die Wohnung auch dann anerkannt, wenn ein

volljähriger Erbe zum Hausstand des Erblassers gehört hat oder wenn ein volljähriger Abkömmling des verfügungsberechtigten Erblassers Erbe geworden ist und als Wohnungssuchender in der Dringlichkeitsliste eines der Wohnungsämter Berlins eingetragen ist. Durch diese Regelung hat auch der Rechtsentscheid des Kammergerichts, der sich mit der Erbwohnung befaßt, keine Bedeutung verloren. Uebergröße Wohnungen können wie bisher von Wohnungsamt in Anspruch genommen werden. Ein Unterschied gegenüber dem bisherigen Rechtszustand besteht nur darin, daß bei der Feststellung, ob eine Wohnung uobergröße ist, nurmehr die Untermieter mitgerech-



Auch eine „Pflanzzimmer-Wohnung“.

net werden. Wird eine Wohnung wegen Uebergröße beschlagnahmt, so kann das Wohnungsamt, wenn eine vollständige räumliche und wirtschaftliche Trennung der beschlagnahmten Räume von den übrigen Räumen nicht möglich ist, nur Personen einweisen, die keine eigene Wirtschaftsführung haben. Die Benutzung des Anschlusses an die Gas- und elektrische Hauptleitung für Beleuchtungs- und Kochzwecke kann — anders wie bisher — von dem Mieter der Hauptwohnung nicht verlangt werden.

Das Verfügungsrecht des Wohnungsamtes.

Das Verfügungsrecht über jeden freigegebenen Mietraum, abgesehen von einzelnen möblierten Zimmern, steht nach wie vor dem Wohnungsamt zu. Die Hausbesitzer bzw. ihre Stellvertreter oder sonstige Verfügungsberechtigte haben binnen 3 Tagen dem Wohnungsamt anzuzeigen, sobald Räume genannter Art frei oder unbenutzt sind oder sobald feststeht, daß der Inhaber sie zu einem bestimmten Termin verläßt. Befügt das Wohnungsamt nicht innerhalb einer Frist von 14 Tagen vom Tage des Eingangs der Anzeige ab über die Räume, so geht das Verfügungsrecht auf den Vermieter über. Die Frist beginnt jedoch nicht zu laufen, wenn die in der Anzeige gemachten Angaben unzutreffend sind. Für Portierwohnungen bringt das neue Recht infolge einer Ausnahme, als eine Verfügung durch das Wohnungsamt, d. h. eine Inanspruchnahme für Wohnungssuchende erst dann zulässig ist, wenn die Portierwohnung länger als 4 Wochen nicht benutzt ist und keine sichere Aussicht auf die Benutzung innerhalb der nächsten 4 Wochen besteht. Beabsichtigt der Vermieter vor Ablauf dieser Frist einen neuen Portier anzunehmen, so bedarf die Verfügung über die Wohnung der vorherigen Zustimmung des Wohnungsamtes. Als Portierwohnungen kommen dabei nur solche Wohnungen in Betracht, die bis zu dem Augenblick des Freiwerdens als Portierwohnungen gedient haben. Belehrt der Vermieter den ihm nach der Anzeige benannten Wohnungssuchenden ab, so wird auf Antrag des Wohnungsamtes ein Zwangsmietvertrag festgesetzt. Hervorzu-

heben ist hierbei, daß das Wohnungsamt nur einen Wohnungssuchenden zu bezeichnen braucht. Eine Auswahl unter mehreren Mietraumsuchenden steht daher dem Vermieter nicht zu. Jeder Abschluß eines Mietvertrages, jedoch nicht eines Untermietvertrages über möblierte Zimmer, ist dem Wohnungsamt binnen einer Woche nach Abschluß des Vertrages zur Genehmigung mitzuteilen. Die Anzeige hat durch den Mieter zu erfolgen, jedoch kann die Verpflichtung auch durch den Vermieter erfüllt werden.

Von besonderer Bedeutung ist endlich, daß jede gewerbmäßige Vermittlung von Mieträumen sowie das Mieten von leeren und möblierten Wohnungen zum Zwecke des gewerbmäßigen Weitervermietens verboten ist. Die Wohnungsämter können von diesem Grundsatz Ausnahmen zulassen. Inwiefern dies geschehen soll, wird, wie bereits durch die Presse bekannt gemacht worden ist, noch durch besondere Richtlinien festgelegt werden. Eine Vermittlung von möblierten Zimmern ist durch diese Bestimmung des neuen Rechts nicht getroffen. Möblierte Zimmer können daher vermietet werden; die Zeitungen machen sich auch nicht strafbar, wenn sie ein Inserat über möblierte Zimmer in ihrem Anzeigenteil aufnehmen. Private Anzeigen von Mieträumen, die also keine Vermittlung betreffen, sind nicht verboten und nicht strafbar. Neubauten oder durch Um- oder Einbauten neu geschaffene Räume unterliegen nicht dem neuen Berliner Wohnungsrecht, wenn sie nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden sind oder bezugsfertig werden.

Die Polizei als Schützer des Volkes.

Severing gegen prügelnde Schutzleute.

In der Aula der Universität wurde gestern eine „Polizeiwissenschaftliche Woche“ eröffnet, die von der Verwaltungsakademie Berlin veranstaltet und von über 300 höheren und mittleren Polizeibeamten aus dem ganzen Reich besucht ist. Nach Begrüßungsworten des Staatsministers a. D. Dewos nahm der preussische Innenminister Genosse Severing zu einer Ansprache das Wort, in der er seine Befriedigung über das Wirken der Verwaltungsakademie im Sinne einer Fortbildung der Polizeibeamtenschaft ausdrückte.

Allein die Tatsache, daß das Innenministerium 300 Polizeibeamte zu diesem Kursus beurlauben konnte, sei ein deutlicher Beweis von der fortschreitenden Konsolidierung unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Noch vor drei Jahren hätte man angesichts der damaligen unruhigen Verhältnisse so viele Beamte nicht dem Dienst entziehen können. Die verheerenden Wirkungen des Krieges, so führte der Minister weiter aus, zeigen sich in der Steigerung der Kriminalität. Die Inflationszeit hat diese bedauerlichen Wirkungen noch verstärkt. Während so die Aufgabe der Polizei erschwert worden ist, sind gleichzeitig die staatlichen Machtmittel vermindert worden, denn die Polizei entbehrt jetzt der Rückenbedeckung, die sie früher in der starken Wehrmacht hatte. Während früher Attentate nur Einzelercheinungen waren, müssen wir heute leider feststellen, daß es Verschwörerorganisationen von rechts und links gibt, die nur durch eine starke Polizei niedergehalten werden können. Der Staat bedarf daher noch mehr als früher einer unbedingt zuverlässigen und leistungsfähigen Polizeibeamtenschaft. Darum ist es besonders zu beklagen, daß die Gerichtsberichte der letzten Wochen verschiedene Fälle behandeln, in denen Polizeibeamte zur Verantwortung gezogen werden mußten, weil sie in der Trunkenheit ihre Dienstpflicht verletzt und sich an Staatsbürgern vergriffen hatten. Wir müssen aber verhindern, daß der Ruf „Schutz vor Schutzleuten“ wieder aktuell wird. Wir müssen an unsere Polizeibeamten die Bedingung stellen, daß sie im Dienst wachsam bleiben, daß sie sich im Dienst die Wohlfahrt der Bürger angelegen sein lassen, daß sie sich im Dienst nicht betrinken. Derjenige, der so wenig Selbstbeherrschung hat, daß er dem Alkoholeinfluss nicht entziehen kann, der soll lieber freiwillig den Dienst quittieren, ehe er sich an Gerichtstische begeben lassen muß, daß er für den Dienst eines Polizeibeamten nicht geeignet ist. Was sich in den letzten Wochen ereignete, gehört zu dem schwärzesten Kapitel der Polizei. Das Wort „Amoläufer“ ist nicht zu stark für Leute, die unter Mißbrauch ihrer Amtsgewalt, statt das Publikum zu schützen, ihre schändliche Reizung am Publikum ausgelassen haben. Ich bin weit davon entfernt, die

Der Mittelweg.

Von Sir Phillip Gibbs.

Bertram erinnerte ihn daran, daß auch andere das Vaterland gerettet hätten und nun im selben Elend säßen. „Sie jedenfalls doch nicht.“ knurrte der Mann feindselig. „Ja, gerade, ich auch!“ sagte Bertram. „Kommen Sie, wir wollen eins trinken und die Sache besprechen.“ Sie traten in eine der schmutzigen Schenken ein, die in diesen Straßen häufig sind, und Bertram sah seinem ehemaligen Korporal an einem von Bierüberresten nassen Tische gegenüber. Am Schenktisch standen eine Anzahl elend aussehender Männer und tranken ihr Bier in düsterem Schweigen. Huggett hat um ein Glas Stout, das, wie er sagte, Essen und Trinken war. Er war ein hagerer Bursche mit einem zerbeulten runden Hut und einem alten Mantel aus dem Schützengraben, auf dem noch der Schlamm von Flandern und der Sonne lebte. Seines Zeichens war er Polierer gewesen, wie Bertram mußte, aber jetzt wäre mit Polierarbeit nichts los, sagte der Mann. Nach dem zweiten Glase Stout wurde er redselig, aber Bertram gefiel es nicht, was der Mann zu ihm sagte. Um so weniger, als er da in roher und heftiger Weise ein paar von seinen eigenen Ansichten hören mußte, die ihm selber aufgestiegen waren — die rauhe Behandlung, die den Männern nach dem Kriege zuteil wurde, in welchem sie mitgekämpft hatten, die Ungleichheit der Belohnung für geleistete Kriegsdienste, so daß alte Frontsoldaten arbeitslos herumlaufen mußten, während die Heimkrieger, die Driideberger alle Arbeit an sich gerissen hatten. „Sehen Sie sich bloß die Generale in Whitehall an.“ sagte Huggett. „Stolzieren da herum, als wär's noch immer Krieg, mit ganzen Blumengärten auf der Brust. Haben die vielleicht bis zu den Knien im Dreck gestanden und Maschinengewehre bedient dicht unter einem deutschen Wall? Ree, weiß Gott nicht!“ „Die haben auch nach besten Kräften ihre Arbeit getan.“ sagte Bertram. „Auch ihre Arbeit mußte von jemandem getan werden.“ Das sah aber Huggett gar nicht ein. Der Krieg hatte das Leben des gemeinen Volkes nicht leichter und besser gemacht, nein, viel schwerer. Er gab wohl zu, daß, wenn Fritz (die Deutschen) gewonnen hätte, er alles rein weggefegt und England lebendig geschunden hätte. Also mußte er geschlagen werden. Aber nach dem Kriege? Wo waren all die Ber-

sprechungen, das Heim für die „Helden“? Dies sollte ein Land sein, in welchem die Helden leben konnten? Er war ja auch so'n kleiner Held gewesen, na ja, und hatte auch getan, was er konnte, aber seine Arbeitslosenunterstützung war nicht mal ausreichend, einen Hund anständig zu ernähren. Dann sprach er mit leiserer Stimme von der Verbitterung unter den Kameraden. Sie wurden allmählich wild vor Zorn. Er selber glaubte ja nicht an Revolutionen, aber die anderen taten's. Sie wollten alles runterreißen, alles zusammenschmeißen, das Unterste zu oberst kehren, und dann von vorne anfangen, aber alle mühten dann gleich sein. Da trieben sich ausländische Kerls herum, lauerten an den Fabriken, in den Schenken und brachten die grünen Jungs an solche Ideen. Eine Menge von Flugblättern liefen um — ganz wilde Sachen —, wurden in die Hausbriefkästen geworfen und den Fabrikmädchen in die Hand gedrückt. Alles, was Huggett forderte, und gelehete Leute, die dies wilde Bequälische nicht glaubten, ebenfalls, war anständiger Lohn für anständige Arbeit. Die anderen wollten die rote Revolution, blutigrot, sagte Bill Huggett. „Und mundert Sie das, Herr, wenn's überhaupt keine Gerechtigkeit für ehrliche Arbeiter gibt? Man fordert es ja direkt heraus!“ Bertram hörte ihm düster zu. In diesen Worten Bill Huggetts, dieses hageren Kindes des Londoner Volkes, klang die Stimme der niederen Welt mit, die weder im Parlament, noch in der Presse gehört wurde, das dumpfe Murren der unzufriedenen, verbitterten, friedlosen Masse, der Arbeitslosen, die sich fragten, wie er es selbst getan hatte, ob sich all diese Opfer gelohnt hatten. Er lenkte das Gespräch auf einen anderen Gegenstand, der sein verdörtes Gemüt nicht so drückte. „Wie geht's Ihrer Frau, Huggett?“ Denn er erinnerte sich, daß der Mann damals in der Maschinengewehrkompanie das Bild seiner Frau bei sich getragen und es ihm einmal mit Stolz gezeigt hatte. Es war die Photographie einer einfach aussehenden Frau in einer billigen Bluse, dazu aber den unvermeidlichen Federhut. Auch jetzt zog Huggett das Bild hervor und legte es in die Bierlache auf dem Tisch. „So sieht sie jetzt nicht mehr aus. Wissen Sie noch, wie ich es Ihnen mal bei Wally an der Somme gezeigt hab? Bald nachher is sie verrückt geworden. Nach einem Lustangriff. Sie haben sie weggebracht, und nu bin ich mit de Hören alleine.“ Seine Stimme brach, und er fuhr sich mit der Hand über die Augen. Bertram murmelte ein paar teilnehmende

Worte. Was aber nützte es? Dann zahlte er für das Bier, nahm seine Armbanduhr ab und schob sie zu Bill Huggett hinüber. „Vielleicht bekommen Sie etwas dafür, es hilft ein bißchen weiter, Geld habe ich nicht.“ Huggett starrte auf das Armband hin. An manchem Schlachtenmorgen war die Uhr auf Null gestellt gewesen. Der junge Major hatte sie Tag und Nacht getragen und alle Augenblicke den Kermel zurückgeschüttelt, um nach ihr zu sehen. Huggett schob das Armband zurück. „Dei nehm' id nich, und wenn id am Verhungern wär.“ „Dann hilft es nicht.“ sagte Bertram, ließ die Uhr in seine Tasche gleiten und erhob sich. „Suchen Sie mich auf von Zeit zu Zeit, Huggett. Wir müssen doch als alte Kriegskameraden in Berührung bleiben, nicht?“ Als Bertram die Schenke verließ, stand Huggett stramm und salutierte mit der Hand am zerbeulten Hut. 8. Bertram war überrascht, als er eines Tages seinen Schwiegervater im Charing Cross Road antraf, den er in Ottery Park vermutete, tief in irgendein veraltetes historisches Werk vergraben, für das er viel mehr Interesse empfand, als für das spannende Drama des jetzigen Lebens. Bertram hätte ihn nicht einmal bemerkt, wenn nicht zwei Passanten ihre Ansichten ausgetauscht hätten. „Kennen Sie das alte verdrehte Huhn dort?“ „Nein, wer ist das?“ „Der Graf von Ottery. Wissen Sie noch? Früher Kolonialsekretär. Das reaktionärste alte Schwein...“ Eigentlich wollte Bertram gemächlich nach dem Norden schlendern, um Boyces Tee zu vermeiden, bei dem natürlich Kenneth Murles und seine Gesellschaft zugegen waren, von Kenneths glänzender Schlagfertigkeit hatte er einmal wieder genug, aber er beschloß, seinen Schwiegervater anzureden. Lord Ottery stand vor dem Schausenster eines Herrengarderobengeschäfts und war in tiefe Betrachtung der ausgestellten Waren versunken, auf welchen Schilder mit „sofort anzuziehen“ oder „kaum getragen“ angebracht waren. Er war ein schwerer, breitschultriger Mann mit rotem, frischem Gesicht, ein bißchen sommersprossig, dazu ein rötlicher struppiger Voll- und Schnurrbart. Der Bauernfänger von Beruf hätte ihn für einen einfältigen Landmann gehalten, der mal nach London kommt und eine leichtgläubige Beute ist. Aber der Bauernfänger hätte eine riesige Enttäuschung erlebt. (Fortsetzung folgt.)

Polizeiorgane in Barch und Bogen für diese Dinge verantwortlich zu machen. Wenn Beschuldigungen gegen die Polizei erhoben wurden, habe ich mich immer im Parlament und in der Öffentlichkeit energisch gegen Verallgemeinerungen gewandt; aber ich halte mich für verpflichtet, gerade hier diese Dinge vorzutragen, damit auch diese Einzelschuldungen nun endlich aus der Polizei verschwinden. Wer als Polizeibeamter mehrlose Gefangene mißhandelt, gehört nicht in die Polizei hinein. Unsere Polizei, ganz gleich, ob Kriminal-, Schutz- oder Kommunalpolizei, muß intact bleiben, wenn sie die schweren Aufgaben der nächsten Zeit durchzuführen soll. In England und Amerika genießt der Polizeibeamte beim Publikum eine andere Einschätzung als hier, er gilt im Bewußtsein des Volkes als der Freund, Beschützer und Kamerad der einzelnen Volksgenossen. Dahin müssen wir auch bei uns kommen, das Publikum soll den Polizeibeamten nicht als Henker und Mistel betrachten, sondern als den Schützer und Freund des Volkes. Wenn es noch nicht so ist, dann liegt die Schuld freilich nicht allein bei den Beamten, sondern zum großen Teil auch in dem falschen Urteil, das schon der Jugend über die Stellung des Schuhmanns beigebracht wird, wenn man ihn als den Baumau hinzählt. Ich habe die Absicht, mich mit dem Kultusministerium in Verbindung zu setzen, damit dafür gesorgt wird, daß schon in den Schulen den Kindern eine ganz andere Vorstellung von den Aufgaben und dem Wesen der Polizei beigebracht wird. (Beifall.)

Der Minister begrüßte am Schluß seiner Ausführungen die Arbeit der Verwaltungsakademie, die den Beamten ein gutes geistiges Rüstzeug verschaffen will. Auch für die Aufgaben der Polizei gelte das alte Goethe-Wort: Ein Mann, der recht zu wirken denkt, muß auf das beste Werkzeug halten!

Gautag der Kriegsbeschädigten.

Der Gau Groß-Berlin des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserhinterbliebenen hielt kürzlich im Landtagsgebäude seinen 6. Gautag ab. Es waren insgesamt 93 Delegierte und eine große Anzahl Gäste, darunter von den Gauen Pommern, Schlesien und Rheinland, anwesend. Der Gauvorsitzende Ebert wies in seiner Eröffnungssprache darauf hin, daß die Organisation die Nachwirkungen der Inflationenperiode gut überstanden hat. Den Geschäftsbericht erstattete der Gauleiter Wende:

Die Stabilisierung der Währung brachte auch für die Organisation wieder ein neues finanzielles Fundament, das von den Mitgliedern durch ihre außerordentlich starke Opferwilligkeit, die in Anbetracht der Niedrigkeit der Renten um so höher anzuerkennen ist, noch sehr gefördert wurde. Das laufende Geschäftsjahr wurde mit einem Kassenbestand von 145 M. begonnen. Inzwischen hat sich durch die Rasie außerordentlich verbessert, am 30. September war ein Kassenbestand von 1338,45 M. vorhanden. Der Gau steht vollkommen schuldenfrei da. Mit Hilfe einer Agitationskommission wurde die ganze Organisation wieder neu belebt. Einzelne während der Inflation eingegangene Ortsgruppen wurden wieder aufgerichtet. Die Mitarbeit der Frauen an der Organisation ist eine überaus gute. Die Hauptarbeit war die der Beratungen der Mitglieder vor dem Versorgungsgericht. Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 769 Termine, hauptsächlich vor dem Versorgungsgericht, wahrgenommen. An Rentenerhöhungen kommen insgesamt 3730 Prozent in Betracht. Neue Berufungen wurden im Laufe des Geschäftsjahres 577 eingeleitet. Selbst ist immer noch über den langsamsten Gang der Berufungen vor den Spruchbehörden zu klagen. Gegen den Abbau der Rentenversorgung und Fürsorge wurde in mehreren öffentlichen Versammlungen innerhalb des Gauwes Stellung genommen. Wenn jetzt die Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegserhinterbliebene innerhalb der neuen Organisation der Wohlfahrtspflege erhalten bleibe, dann sei dies im wesentlichen auf die Bemühungen des Gauwes zurückzuführen. Gemeinsam mit der Liga für Menschenrechte wurden aus Anlaß der zehnjährigen Wiederkehr des Kriegsausbruches Versammlungen gegen den Krieg, und Revanchegedanken veranstaltet, die außerordentlich gut besucht waren. Der Bericht des Gauleiters wurde von dem Gauvorsitzenden Ebert ergänzt. Die Diskussion zum Geschäftsbericht erstreckte sich zum weitesten größten Teil auf organisatorische Angelegenheiten des Bundes. Albert Baumeister vom Internationalen Arbeitsamt sprach über Kriegsbeschädigtenbewegung und Kriegsofopferversorgung im Ausland. Ausgehend von der Verschiedenheit der Verteilung der Bodenstücke auf dem Erdball und der verschiedenen staatspolitischen und kulturellen Einstellung gab er ein umfassendes Bild über die Kriegsofopferbewegung der Welt. Baumeister zeichnete ferner noch die Verschiedenartigkeit der Bemühungen der Versorgung nach den Auswirkungen einer Beschädigung oder des Verlustes eines Ernährers. Die Organisationen in Amerika, Frankreich und England seien militärisch, aber doch so eingestellt, daß sie für den Frieden wirken wollten. Die Verschiedenartigkeit gegenüber Deutschland erklärte sich eben auch aus den verschiedenen staatspolitischen Auffassungen der einzelnen Völker. Eine große Anzahl von Anträgen lag dem Gautag zur Beratung vor. Einmütig wurde einem Antrag der Hinterbliebenen zugestimmt, von der Regierung zu verlangen, daß auch beim Tod von Hinterbliebenen Sierdegeld gewährt wird, um sich ein anständiges Begräbnis zu sichern. Gegenwärtig müsse in den meisten Fällen die Armenpflege in Anspruch genommen werden. Stürmisch wurde die Finanzierung der öffentlichen Kriegsofopferfürsorge aus Reichsmitteln verlangt. Abgelehnt wurde die Schaffung eines Heilbendments für die im Krieg Gefallenen. Das beste Denkmäl für die Toten des Weltkrieges sei, durch eine ausreichende Versorgung und Fürsorge für die Lebenden im Geiste der Toten zu wirken. Wenn alle Kriegserhinterbliebene anständig versorgt werden, dann sei dies viel mehr wert, als ein Denkmäl aus Stein und Erz. Angenommen wurde ein Antrag, der verlangt, daß sich der Bund ganz klar zur republikanischen Staatsform bekennt. Mit einem Hoch auf den Reichsbund schloß der Gauvorsitzende die Tagung.

Fälschungen von Postkreditbriefen.

Umjanzgroße und raffinierte Fälschungen von Postkreditbriefen waren Gegenstand einer interessanten Verhandlung, die vor dem Schöffengericht Wedding stattfand. Unter der Anklage der schweren Urkundenfälschung und des Betruges hatten sich die Kaufleute Paul Luedtke und Georg Riemer zu verantworten. Riemer, der im Gefängnis schwer erkrankt war, mußte auf einer Tragbahre in den Gerichtssaal geschafft werden. Die Angeklagten, die in einem hiesigen großen Enarogeschäft arbeiteten und mit Postkreditbriefen zu tun hatten, beschafften sich gefälschte postleiliche Personalausweise, auf Grund deren sie sich an den verschiedenen Postanstalten Deutschlands, so in Hamburg, Königsberg, Nürnberg und in der Umgebung dieser Städte Postkonten anlegten, und Kreditbriefe für diese Konten ausstellen ließen.

Sie legten dann in anderen Städten bei den dortigen Postanstalten diese auf andere Namen lautenden und auf höhere Beträge gehaltenen Kreditbriefe vor und erhielten auch die Beträge ausgezahlt. Im im großen Maße dieses raffinierte Verfahren, durch das der Passivpostus um viele tausende Mark geschädigt worden ist, betreiben zu können, hatten sich die Angeklagten ein Notiorobzugel. Sobald es ihnen gelungen war, auf einen gefälschten Kreditbrief bei einer Postanstalt den Betrag herauszubekommen, ließen sie sich auf das Rad und kausen in 80-Kilometer-Tempo zur nächsten Postanstalt. So haben sie an einem Tage nicht weniger wie fünf Postämter gebrandschagt. Staatsanwaltschaftsrat Höder geliebte scharf die Gemeingefährlichkeit und das Raffinement der Angeklagten und beantragte gegen sie je vier Jahre Gefängnis. Das Gericht billigte den Angeklagten, nachdem es lange geschwankt hatte, ob es sie nicht ins Zuchthaus schicken sollte, mildernde Umstände zu und erlieferte gegen jeden der beiden Angeklagten auf drei Jahre Gefängnis.

Beschlagnahmekommissare. Der falsche und der richtige.

Als Kriminalkommissar suchte der frühere bei der Polizei als Biglant beschäftigte Zentke sich ein mühsames Einkommen zu verschaffen, das ihn aber bereits in zahlreichen Fällen vor den Straftrichter und in das Gefängnis gebracht hat. Seine im Dienste der Kriminalpolizei erworbenen Kenntnisse nutzte er dadurch aus, daß er als Kriminalkommissar auftrat und Beschlagnahmen vornahm.

Nachdem er erst vor kurzem wieder aus dem Gefängnis gekommen war, traf er einen Freund aus früherer Zeit, der ihm sagte, daß er sich in großer Not befinde, so daß er bereits seine Uhr bei einem Bekannten verpfandt habe. Zentke witterte hier eine günstige Gelegenheit und erklärte sich bereit, seinem Jugendfreunde aus der Klemme zu helfen. Er erfuhr die Adresse des Geldgebers und erschien dann dort, wo er sich als Kriminalkommissar ausgab und erklärte, es sei Bedingung eingegangen, daß die von ihm beliebige Uhr gestohlen sei. Er müsse sie also beschlagnahmen, und es sei auch ein Strafverfahren zu erwarten. Dabei ließ er jedoch durchblicken, daß er nicht abgeneigt sei, gegen eine gewisse Entschädigung die Sache unter den Tisch fallen zu lassen. Der gegünstigte Geschäftsmann ging, obwohl er sich keinerlei Schuld bewußt war, auf den Vorstoß ein, und mit der Uhr und einer größeren Geldsumme zog der „Beschlagnahmekommissar“ ab. In ähnlicher Weise ist Zentke bei verschiedenen Geschäftslenten mit der Drohung einer Verhaftung aufgetreten und hat größere Mengen von Waren, darunter Preise von erheblichen Werten, erwidmet. In die falsche Felle geriet er aber bei einem Fabrikdirektor, bei dem er mit der Behauptung erschienen war, daß gegen den Direktor ein Verfahren wegen unerlaubter Ausfuhr eingeleitet worden sei, und daß er den Auftrag habe, die Bücher und Papiere zu beschlagnahmen. Da er auch hier andeutete, daß die Sache sich durch eine entsprechende Geldzahlung tomachen ließe, schöpfte der Fabrikdirektor Verdacht und bestellte den angeblichen Kriminalkommissar zum nächsten Tage wieder. Er benachrichtigte aber inzwischen die Kriminalpolizei. Als Zentke am nächsten Tage erschien und als er im Begriff war, den ihm ausgesetzten Geldbetrag einzustreichen, trat plötzlich Kriminalbeamte hinter einem Vorhang hervor und verhafteten ihn. Wegen seines gemeingefährlichen Treibens hielt vor dem Schöffengericht Wedding eine große Strafe für den unerbesslichen Betrüger für notwendig und verurteilte ihn zu 5 Jahren Gefängnis und Ehrverlust.

Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte sollte sich der Schlosser Walter Hoff wegen einer willkürlichen falschen Anschuldigung gegen die Kriminaldetektivbeamten Buchholz und Wadrow zu verantworten. Die Beamten nahmen in der Wohnung des Angeklagten in Orinua einmal eine Durchsuchung vor, weil dieser ein Sparlaffenbuch entwendet hatte. Bei dieser Amtshandlung landten sie zwar den gesuchten Gegenstand nicht, aber sie benutzten die Gelegenheit, um eine Räubersammlung, ein Werkzeug, einen wertvollen Parimedoch und einen Hohlrohrliefer zu beschlagnahmen, weil der Besitzer über den Erwerb dieser Sachen keine Karte Auskunft geben konnte. Der Angeklagte bekämpfte sich nun wegen vermeintlichen Diebstahls bei dem Kriminalkommissar Riese, obwohl er über den Sachverhalt bei der Amtshandlung unterrichtet wurde. Das Gericht hielt den Tatbestand der falschen Anschuldigung für gegeben und erkannte gegen den Demunzianten auf 6 Monate Gefängnis und dreijährigen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Es hielt diese hohe Strafe für angemessen, um den Kriminalbeamten in ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit einen wirksamen Schutz zu gewähren.

Das Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 28. Oktober.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:

4.30-6.30 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). Während der Pausen: „Ratschläge fürs Haus“, 7.45 Uhr abends: Vortrag des Herrn Dr. Viktor Engelhardt: „Kungfutsu und der chinesische Geist“, 8.30 Uhr abends: Berlin, wie es weint und lacht (Alt-Berliner Humor), 1. Ouvertüre zu Berlin, wie es weint und lacht“, August Conradt (Fritz Wannas, Schiedmayer-Meisterharmonium). 2. a) „Darum, da muß man sich nichts machen“ aus der Posse „Berlin, wie es weint und lacht“, August Conradt, b) Der Berliner hat Herz und Gemüt“ aus der Posse „Höhre Töchter“, Steffens, c) Alt-Berliner Lindenlied (Berlinale) Lapini (Fritz Langendorff, Gesang), 2. a) „Ich bitte um Entschuldigung“, Couplet R. E. aus „Mein Leopold“, L'Arronge, b) Berliner Luft, Marschlied, Paul Lincke, c) Wenn Kalkelatersoh in de Boomblote zieht, Marschcouplet, Paul Lincke (Grete Wiedecks, Humorstischer Vortrag), 4. a) „Da haben Sie den Berliner“ (Alte und neue Steckbriefe des Berliners und seiner Vaterstadt), b) Madame Dutiro“ (Am Grabe von der Ollen), Felix Philipp, c) Berlin im Brennpunkt (Kleines aus dem Tagebuch Berlins) Adolf Gladbrenner (Karl Zander, Rezitation), 5. a) „Bäckerliebe“, aus der Posse „Kyrus-Pyrrus“, G. Michaelis, b) „Mach die Augen zu“, aus der Posse „Höhre Töchter“, Steffens, c) „Der Ton macht die Musik“, aus der Posse „Pochschulke“, Salinger (Fritz Langendorff, Gesang), 6. a) „Bei Kempinski“, Couplet, Marian Knopf, b) „Ich bin eine Witwe“, Couplet, Alerster, c) Bummelwaiser, Rieh. Günther (Grete Wiedecks, Humorstischer Vortrag), 7. a) Berliner Leierkasten“ (Das kann nur ein Berliner sein) Couplet, David Kalisch, b) „Etwas vom alten Siechen“ (altes komisch) Alexander Meyer, c) Schusterjungen, Eckensteher, Droschkenkutscher, Felix Philipp (Karl Zander, Rezitation), Am Schwochen-Flügel: Kapellmeister Otto Urrack. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theaterdienst.

Heber den Willen Deutschösterreichs, ins Deutsche Reich heimzuführen, über diesen unerbittlich fortlebenden Willen, sprach in einer Versammlung des Oesterreichisch-deutschen Volksbundes Professor Hobohm-Potzdram auf Grund seiner eben in Deutschösterreich gewonnenen Eindrücke. Genosse Richard Vernekin bestätigte diese Mitteilungen durch Schilderung der Anschließbegeisterung unserer deutschösterreichischen Genossen, denen er letzten in einer Reihe Versammlungen über die reichsdeutschen Verhältnisse berichtet hat. Allerdings wäre die Behandlung der Deutschösterreich durch reichsdeutsche Behörden, so zum Beispiel die glatte Wegnahme der auf Anforderung bezahlter Einbürgerungsgeldbühren bei Verweigerung der Einbürgerung als „Verwaltungsgebühr“ — Beträge von 50 und sogar 250 Goldmark!! — nur geeignet, die Anschließbegeisterung drüber zu dämpfen, wenn sie nicht zu stark wäre, um über solche Ansetzungen zu triumphieren.

Aus der Partei.

Ein seltenes Jubiläum.

Am heutigen Tage sind es vierzig Jahre her, daß der Reichstagsabgeordnete Genosse Paul Götha im Jahre 1884 in den Reichstag eintrat. Genosse Paul Götha war der Alterspräsident des letzten Reichstags und wird, wie wir hoffen, auch wieder der Alterspräsident des am 7. Dezember neu zu wählenden Reichstags sein. Wenn er heute auf eine vierzigjährige parlamentarische Tätigkeit zurückblicken kann, so hofft die ganze Partei, daß es ihm beschieden sein möge, noch lange als Vertreter der Arbeiterschaft im Reichstoge wirken zu können.

Partei Nachrichten für Groß-Berlin
 Sitz an das Bezirkssekretariat,
 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

Bezirksverband Berlin SPD.

Zur Aussetzung der Kandidaten für die Wahlen zum Deutschen Reichstag und Preussischen Landtag am 7. Dezember 1924 findet am Freitag, den 7. November, abends 7 Uhr, ein außerordentlicher Bezirkstag

im Plenarsaale des Preussischen Staatsrats, Leipziger Str. 3, statt. Die Abteilungen und Kreise werden gebeten, unverzüglich zur Kandidatenfrage Stellung zu nehmen. Alle Vorschläge sind bis zum 4. November an das Bezirkssekretariat einzureichen.

Bezüglich der Wahl der Delegierten ist der Verteilungsplan für das Geschäftsjahr 1924/25 maßgebend. (Siehe Juni-Nummer des SPD-Mitteilungs.)

Es ist den Abteilungen freigestellt, die bisherigen Delegierten mit ihrer Vertretung zu beauftragen oder Neuwahlen vorzunehmen. Mandatsformulare gehen den Abteilungen rechtzeitig zu.

Der Bezirksvorstand.

- 2. Kreis Klergassen, Kreis, Dienstag, den 28. Oktober, 7½ Uhr, erweiterte Kreisvorstandssitzung bei Brüder, Paulstr. 10.
- 17. Kreis Wittenberg, Sitzung bei im Bürgerbeirat! Kreis, Dienstag, 7½ Uhr, Rathaus, Wittenbergstr. Nummer 28, Sitzung mit der Arbeitgemeinschaft der Jsa, Redner: Heinrich des Gen. Fr. Siegel über: „Schulfragen“. Alle Parteigenossen, die Elternbeiträge abgeben, sind erschienen. Vereinsticketbesitzer auch am Eingang vorgelassen werden. — Die Karten zur Teilnahme an der Beschlagnahme des Reichstages sind in Poßbaum am 2. November früh am Donnerstagabend 8½ Uhr von der Polizei, Weisestr. 28, abzuholen. Weitere Anwesen am 28. 16. Kreis Kottbus, Sonderabteilung Mittwoch, den 29. Oktober, 6½ Uhr, in allen Abteilungen von den üblichen Stellen aus.
- 17. Kreis Wittenberg, Mittwoch, den 29. Oktober, 8 Uhr, gemeinliche Sitzung des Kreisvorstandes mit der Ratkon in Nummer 25 des Rathauses. Die Abteilungsleiter haben dafür zu sorgen, daß zu dieser Sitzung sämtliche Abteilungsleiter erscheinen. — Anfallend 8 Uhr Konferenz sämtlicher Kreisvorstände, nächste Tagesordnung.
- 18. Kreis Wittenberg, Mittwoch, den 29. Oktober, 7½ Uhr, im „Schönen Baum“ Reichshauskonferenz. Vortrag des Gen. Dr. Meißel: „Reichsvorstand und Sozialdemokratie“.
- 19. Kreis Kottbus, Mittwoch, den 29. Oktober, 7½ Uhr, erweiterte Kreisvorstandssitzung bei Meyer, Kottbus, Seite Str. 14 (Achtelhauszelt).

Heute, Dienstag, den 28. Oktober:

- 6. 8½, 7½ Uhr Funktionärskonferenz bei Rathmann, Weinmännler Str. 11.
- 16. 8½, 7½ Uhr Verbandsversammlung bei Richter, Gullienstr. 24. Referent: Bürgermeister Karl Leib.
- 28. 8½, Wegen der erweiterten Kreisvorstandssitzung findet die Sitzung sämtlicher Kreisvorsitzende nicht Dienstag, sondern Donnerstag, den 30. Oktober, 7½ Uhr, bei Karl, Reichstr. 88, statt.
- Wenden 8½, 8½, 8 Uhr ab holen die Bezirksleiter beim Arbeitsbühnen-Beiratsrat, 127, Reichstr. 127, Reichstr. 127, Reichstr. 127. Die Bezirksleiter holen abends bei Kantarbel und Eitelstein aus öffentlichen Versammlungen in der neuen Halle am Donnerstagabend bei Wolff, Berliner Freiheit-Str. 173, ab. — 9½, 8 Uhr bei Richter, Herbststr. 127. Kantarbel abholen aus Versammlungen am Donnerstag. — 9½, 8½, Reichstagesleiter Material abholen bei Richter, Prinz-Friedrich-Str. 24. — Mittwoch Sonderabteilung. — 9½, 8½, 7½ Uhr bei Leib Funktionärskonferenz.
- Jamaikawohnen, Gruppe Eichen, 8 Uhr inoffizielle Stundenbesprechung, Weinb. 3. Vortrag des Gen. Fr. Wirthgen: „Deutscher und sozialer Parlamentarismus“. — Gruppe Tempelhofer Feld, 7½ Uhr Besprechung im Tu-gebäude, Germaniastraße.

Morgen, Mittwoch, den 29. Oktober:

- 1. 8½, 7½ Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung Schulausschusses Kantarbel-Str. 68. „Die Sozialdemokratie im Weltkrieg.“ Ref. Gen. Richter, 2. Witten.
- 1. 8½, (Gastwirtsgelände), Radmitrad 4½ Uhr bei Richter, Adersstr. 1, Versammlung, Tagesordnung: „Die überlebenden Reichstagsmitglieder.“ Ref. Gen. Otto Siegel.
- 2. 8½, 7½ Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung bei Cäpanenau, Sonnenmännchenstr. 88.
- 3. 8½, 7½ Uhr Mitgliederversammlung Coal 6 des Gewerkschaftsbundes, Amelstr. 28. Vortrag des Genossen Lander: „Reichstagsmitglieder und Sozialdemokratie.“ 2. Wahl der Delegierten zum Kreisleiter und Kreissekretär. Die Bezirksleiter haben die Mitglieder bitten ein.
- 4. 8½, 7½ Uhr Mitgliederversammlung bei Gen. Frau Richter, 60086, Thema: Reichstagsmitglieder. 2. Wahl der Delegierten zum Bezirks- und Kreissekretär. Die Bezirksleiter werden gebeten, die Mitglieder einzuladen.
- 5. 8½, 7 Uhr im Refektorium Hof, Rosenfelder Str. 11/12, Abteilungsversammlung. Vortrag des Gen. Fr. Meißel: Reichstags- und Landtagsmitglieder. Parteileiter und Gäste sind eingeladen.
- 6. 8½, 7½ Uhr Mitgliederversammlung bei Richter, Scherker Str. 29. Vortrag des Gen. Fr. Wirthgen: Reichstagsmitglieder und Sozialdemokratie.
- 7. 8½, 7½ Uhr Mitgliederversammlung in Richter, Reichstr. 127, 21. Tagesordnung: 1. Referat des Gen. Dr. Schmidt: „Die überlebenden Reichst.“ 2. Wahl der Delegierten zum Bezirks- und Kreissekretär.
- 8. 8½, 7 Uhr Sitzung des Verbandskomitees mit dem Jugendleiter bei Schilling, Weisestr. 8, 2. Curves. 2 Tr.
- 9. 8½, 7½ Uhr Sitzung der Bezirksleiter und Bezirksvertreter, 2. Referat: Gen. Otto Meier.
- 12. 8½, 8 Uhr Mitgliederversammlung Schule Meißel Str. 32. Referent: Gen. Otto Meier.
- 13. 8½, 8 Uhr Kreisversammlung, Reemer Eiche, Mitgliederversammlung, Vortrag des Gen. Dr. Richter.

Wenn Sie eine Seife für Ihr Gesicht und Ihre Hände — also eine Toiletteseife — gebrauchen, dann bedenken Sie bitte, daß man gute Seifen aus guten Materialien und schlechte Seifen aus schlechten Materialien macht. — Schlechte Materialien sind billig, gute Materialien sind teuer, der RAY-Saife wird aus feinsten Fetten und Hühner hergestellt. Wenn Sie Ihr Gesicht, Ihre Hände, Ihren Körper mit Seife nicht nur reinigen, sondern pflegen wollen, dann wählen Sie RAY-Seife.

Nicht auf den Preis, sondern auf die Zusammensetzung des Fabrikates kommt es an. Die raffinierte Zusammensetzung und die Herstellung der Ray-Seife sind ein Geheimnis.

Wirtschaft

Deutschlands Außenhandel im September.

Die Außenhandelsstatistik für den Monat September und damit zugleich für die ersten drei Vierteljahre des Jahres 1924 ergibt wiederum mit erschreckender Deutlichkeit, wie notwendig es ist, die deutsche Ausfuhr zu steigern.

Table with columns: Warengruppen, Sept., Einfuhr, Ausfuhr, etc. for various goods like raw materials, foodstuffs, and textiles.

Table with columns: Warengruppen, Sept., Einfuhr, Ausfuhr, etc. for various goods, including a sub-table for 'Der Mengen nach Betrag'.

In den Außenhandelszahlen des Septembers tritt der katastrophale Fehler, den der Reichsernährungsminister Kanitz in seiner Außenpolitik gemacht hat, mit aller Deutlichkeit zutage.

Gegen die Teuerung!

Der Hauptausschuß des bayerischen Städtebundes, der am Sonntag in München tagte, nahm einstimmig eine Entschließung an, in der auf die Uberteuerung der Lebensmittel hingewiesen und erklärt wurde, daß die Lasten des Londoner Abkommens nicht allein auf die Verbraucherschaft abgewälzt werden dürfen.

Ueberschuß und Leihgeber der Reichspost.

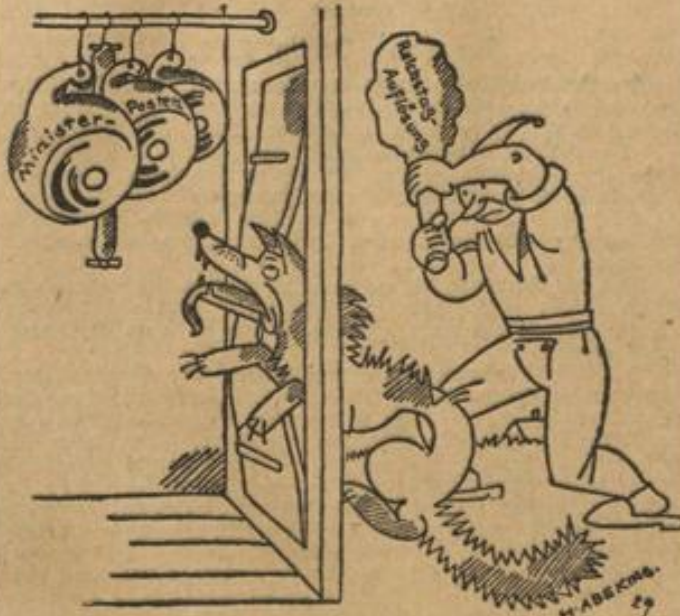
Der Geschäftsbetrieb der Reichspost hat sich in den letzten Monaten recht günstig gestaltet. Sie hatte insbesondere große Mengen von Druckfachen (Kleheime) zu verkaufen.

Gegenüber den Gerüchten von großen Verlusten, die die Reichspost als Kreditgeberin beim Zusammenbruch der Berliner Handels- und Depositenbank erlitten haben soll, wird auf das Bestimmteste erklärt, daß die Reichspost ihre Gelder von dieser Bank rechtzeitig zurückgezogen und weder bei ihr noch bei irgendwelchen anderen Kreditnehmern auch nur einen Pfennig verloren habe.

übergeben werden können, ohne daß der Sparer nötig hätte, erst in die Stadt zu fahren. Die deutschen Spartassen fürchten von der Einführung einer Postsparkasse eine starke Beeinträchtigung ihres Betriebes.

Der Rhein-Main-Donau-Kanal.

Die große Bedeutung einer Schiffsverkehrsverbindung zwischen den Stromgebieten des Rheins und der Donau, d. h. zwischen Nordsee-Frankreich-Nord- und Westdeutschland und Süddeutschland-Deutsch-Österreich-Ungarn-Rumänien-Bulgarien-Ukrain-Schwarzes Meer ist schon längst erkannt worden, und in der ersten Hälfte des



Der deutschnationale Wolf in der Falle.

vorigen Jahrhunderts wurde darum der Ludwigskanal erbaut, der die Donau mit dem Main verbindet. Da dieser Kanal jedoch nur für Schiffe von 120 Tonnen fahrbar ist, hat er für die heutige Wirtschaft keinen Wert.

Nun ist der Bau eines modernen Donau-Main-Kanals bereits aus dem Stadium der Erwägungen heraus und nähert sich der Verwirklichung. Der neue Kanal wird eine Spiegelbreite von 38 und eine Tiefe von 3,75 Meter haben, er wird noch beiden Fahrtrichtungen zwei Schleppflöße von je 1200 Tonnen, geführt von einem Dampfer von 210 Pferdekraften, aufnehmen können.

Der bereits kanalisierte (schiffbar gemachte) Main, dessen Schleife nächst Würzburg durch einen Kanal umgangen wird, soll von dem Kanal bei Bamberg verlassen werden. Dann folgt der Kanal dem Tal der Regnitz, geht an Erlangen, Fürth und Nürnberg vorbei, überschreitet die Wasserscheide, erreicht das Tal der Altmühl und mündet nächst Tübingen in die Donau.

Die Wasserscheide liegt 410 Meter über dem Meer, die Einmündestelle des kanalisierten Mains bei Frankfurt 82 und die Einmündestelle der kanalisierten Donau bei Passau 290 Meter hoch. Dieser beträchtliche Höhenunterschied wird durch 49 Kammer-schleusen von durchschnittlich 10 Meter Gefälle überbrunden; er ermöglicht aber auch, an dem Kanal große Kraftwerke zu errichten.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Table with columns: Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin. Lists various food items like grains, oils, and meats with their prices.

Bayern über mehr als 1,2 Millionen Pferdekraften verfügen, und da das industriearme Südbayern diese gewaltige Kraftmenge nicht ausbraucht, könnte ein sehr großer Teil davon dem industriereichen Nordbayern und dem Rheinland bis Frankfurt und darüber hinaus zur Verfügung gestellt werden.

In Deutschösterreich sind bis jetzt 175 000 PS ausgebaut, 110 000 PS im Bau und über 1 750 000 PS auswärtiger Großwasserkraftwerke überhaupt vorhanden.

Durch die Ausnutzung der Wasserkraft wird sich der Kanal, zu dessen Bau das Reich und Bayern einen großen Beitrag geleistet haben und weiter leisten werden, schon während des Baues zum Teil bezahlt machen; nach seiner Fertigstellung wird er, selbst bei mäßigen Schiffsabgaben, ein sehr rentables Unternehmen werden.

Die Donauregulierung Regensburg-Passau ist bereits im Bau begriffen. Der Donau-Main-Kanal wird den künftigen Transport der Ruhrkohle nach dem östlichen Nordbayern mit seinen unerschöpflichen Eisenerzlagern, die durch den Kohlenmangel Bayerns fast unausgenutzt geblieben sind, ermöglichen rund dadurch voraussichtlich ein Industriegebiet schaffen, das dem Ruhrgebiet nicht sehr nachstehen wird und das die deutsche Eisenausfuhr nach dem industriearmen Osten Europas gewaltig erhöhen wird.

Von überragender Bedeutung ist der Kanal für Deutsch-Österreich. Wien liegt gerade in der Mitte des mehr als 4000 Kilometer langen Wasserweges: Nordsee-Rotterdam-Rhein-Donau-Schwarzes Meer. Die Ruhr- und Saartohle wird billig nach dem industriereichsten Deutschösterreich kommen. Die wirtschaftlichen Interessen Deutschösterreichs und Deutschlands erfahren dadurch eine neue und starke Bereicherung.

Der Artikel des Ing. E. F. in der 'Wiener Arbeiter-Zeitung', dem wir die vorstehenden Angaben entnehmen, schließt mit dem eindringlichen Satz: 'Möge uns die Vollenendung des Kanals nicht unvorbereitet finden.'

Betriebsräte und Konsumgenossenschaften.

Die 'Konsumgenossenschaftliche Korrespondenz' berichtet folgenden Fall, der zeigt, wie Betriebsräte und Verbrauchergenossenschaften erfolgreich zur besseren Nahrungsmittelversorgung der Arbeiter gerade in Zeiten schwerer Not zusammenwirken können:

In einem Betriebe der Porzellanindustrie fanden erhebliche Betriebseinsparungen statt. Die Arbeiter erhielten nur Abschlagszahlungen auf ihren Lohn, die bei weitem nicht einem Wochenlohn entsprachen. Der Lebensmittelkauf war in Frage gestellt, wenn er nicht auf Borg erfolgte.

Die Arbeitnehmer des Werkes, soweit sie Lohnforderungen haben, müssen Lebensmittel und Bedarfsartikel in der Konsumgenossenschaft entnehmen. Die Lohnsummen werden namentlich pro Woche der Konsumgenossenschaft angegeben. Die Ueberweisung der Summen geschieht durch den Unternehmer, der gleichzeitig den Zinsverlust durch die Warenabgabe auf Borg trägt.

An der betreffenden Betriebsstelle der Konsumgenossenschaft liegt der Umsatz um 60 Proz., die Mitgliederzahl um 3 Prozent, hat also der Betriebsrat gleichzeitig seinen Arbeitsgenossen wie dem Konsumverein einen Dienst erwiesen. So sollte es überall sein.

Achtung, Verbraucher! Im Wochenbericht des Landarbeiters- und Berufsamts der Rheinprovinz lesen wir: 'Der Kampf des Handels mit Gegenständen des täglichen, dringenden Bedarfs gegen den Handel mit Industrieerzeugnissen um die geringe Kaufkraft des Anlandes wird letzten Endes auf Kosten des Arbeitsmarktes ausgetragen.'

Konsumgenossenschaften im Kampf gegen Teuerung. Die französische Regierung führt einen Kampf gegen die dort auch herein-gebrochene Teuerung. Dabei hat sie den Konsumgenossenschaften eine beachtliche Anerkennung zuteil werden lassen. In einem Ministerialerlaß wird u. a. die Schaffung von Komitees angeordnet, die Vertreter des Handels, der Konsumgenossenschaften sowie der Verbraucher umfassen sollen.

Für den deutsch-spanischen Handelsvertrag. Der Präsident des deutschen Industrie- und Handelskongresses hat an das Auswärtige Amt, an das Reichswirtschaftsministerium und an das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft folgendes Telegramm gerichtet: 'Deutscher Industrie- und Handelskongress erhebt schärfsten Einspruch gegen die Verträge des deutschen Weinbaues, das neue deutsch-spanische Handelsabkommen zu Fall zu bringen. Interessen von Industrie, Handel und Schifffahrt, namentlich auch des belebten Gebietes und der Weltmarktwirtschaft erfordern baldigste Ratifikation. Deutscher Industrie- und Handelskongress erwartet, daß Reichsregierung am Vertrag, der für bestimmte Anwartschaften eine Lebensfrage bedeutet, unbedingt festhält und dadurch unabsehbare Schädigung unseres Auslandsablaßes verhindert, dessen Ausdehnung nach Annahme der Londoner Vereinbarungen unabwendbar notwendig ist.'

„Wirtschaft“, wie sie die Unternehmer wünschen.

In Unternehmerkreisen rechnet man offenbar ganz bestimmt mit der Umbildung der Reichsregierung nach rechts durch den Eintritt von vier Deutschnationalen in das Kabinett. Sicherlich hat man mit der Auflösung des Reichstags nicht gerechnet, als man sich zu der „sozialpolitischen Rundgebung deutscher Wirtschaftsführer“ anlässlich des 50jährigen Bestehens des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller entschloss. Jedenfalls verdanken wir diesem Anlaß das Programm der Unternehmerorganisationen zu dem großen Abbau, den es auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet eingeleitet hat und durchzuführen sucht. Die Arbeitnehmerschaft muß vor allem wissen und sich klar darüber werden, was für sie auf dem Spiele steht, damit sie ihr Verhalten zu ihrer gewerkschaftlichen Organisation wie ihre Entscheidung bei den Wahlen am 7. Dezember gehörig einrichten kann.

„Wirtschaft“ ruft Dr. Klönne und meint damit das Zweischichtsystem, die 72stündige Arbeitswoche, die in der Schwerindustrie erhalten bleiben, in der übrigen Industrie durchzuführen werden soll. Zur Begründung dieser Forderung führt er aus:

„Es steht fest, daß der Ausfall von 1½ Stunden Arbeit unter Tage allein im Ruhrgebiet einen Ausfall von 12½ Millionen Tonnen Kohle im Jahre bedeutet. Es steht fest, daß das in der Dreischicht erzeugte Stabeisen um mehr als 10 Proz. teurer wird als das in der Doppelschicht erzeugte. Und trotzdem soll der achtstündige Arbeitstag wieder eingeführt werden, trotzdem soll das Washingtoner Abkommen ratifiziert werden. Wirtschaft, Horatio!“

Es steht fest, daß abgebaut und stillgelegt wird; in den Hüttenbetrieben trotz Zwölfstundenschicht, im Bergbau trotz Achtstundenschicht unter Tage, die nicht verlängert werden kann. Es steht also fest, daß trotz dieser Höchstleistungszeiten der Absatz stößt, an Kohle wie an Eisen. Es steht ferner fest, daß der Zwölfstundentag nicht wehrlich mehr verdient als der Achtstundentag. Es kommt schließlich nicht nur darauf an, was den Unternehmern nützt, sondern nebenbei doch auch darauf, wo der Arbeiter bleibt, seine Existenz, seine Familie und sein Familienleben. Der Reichsarbeitsminister wird gefragt:

„Weiß er nicht, daß der Hochofen von Arbeitnehmersseite ausstufen würde, nur um eine Dreiecke zu legen?“

Er weiß freilich, daß die Schwerindustriellen es waren, die zuerst in den Achtstundentag Bresche gelegt und an Stelle des Dreischichtwechsels den Zweischichtwechsel eingeführt haben, daß gerade die Schwerarbeiter die Verlängerung ihrer Arbeitszeit um die Hälfte, um vier Stunden, am schwersten empfinden. Und wir wissen, daß, wenn erst einmal in der Schwerindustrie die Zwölfstundenschicht zur Dauereinrichtung geworden ist, die übrigen Industriezweige argumentieren: die Arbeitszeit, die der Schwerindustrie recht ist, muß der gesamten Industrie billig sein.

Herr Klönne kommt dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der doch nach Bern gegangen sei, auch katholisch bzw. christlich:

„Ist sich der Minister darüber klar, daß die Doppelschicht nach dem jetzt üblichen veredelten Böllinger System dem Hochofner jeden zweiten Sonntag freiläßt, die dreifache (Achtstunden-) Schicht aber nur jeden dritten, daß die Kirchzeit beim Böllinger System von vier Sonntagen an dreien arbeitsfrei ist, bei der Dreischicht aber nur an zweiten?“

Die christlichen Gewerkschaftsmitglieder lassen diesen schwachen Trost keineswegs als Begründung gelten für ihre Beurteilung zur Zwölfstündigen Arbeitszeit.

„Die Stunde ist erstarrt!“ ruft Herr Klönne. „Es geht um die deutsche Lebensmöglichkeit, es geht um alles. Wir haben die Wahl, soviel zu arbeiten, bis wir uns wieder hinausgearbeitet haben; oder weniger zu arbeiten, uns damit in die bereiten Hände der Sieger auszuliefern. . . und den Stand unserer Kultur und Zivilisation um 100 Jahre zurückzuwerfen. Das Volk möge sich entscheiden.“

Gegen diese Art der Beweisführung war der Oxford Professor Senior mit seiner „letzten Stunde“ — dem Karl Marx im „Kapital“ ein Kapitel widmete — ein Muster von Gründlichkeit. Wieviel könnte in acht Stunden mehr gearbeitet werden, wenn die Arbeitskräfte, die heute von der Arbeit ausgeschlossen sind, beschäftigt würden? Die Wirtschaft, mit der sich die Unternehmer einfach identifizieren, muß doch wohl oder übel auch die Arbeitslosen, wenn auch noch so kümmerlich —

miternähren. Nicht mehr Arbeit, sondern billigere Arbeit fordern die Unternehmer. Und sie begründen dies — wie Herr Dr. v. Borfig — damit, daß

„Das Kapital krank, die Arbeitskraft aber noch gesund“

sei. Die Tatsache, daß die durch die gesamten Kriegsfolgen zerrüttete Arbeitsintensität trotz verlängerter Arbeitszeit, trotz Zwölfstundenschicht wieder auf der Höhe ist, wird gegen den Achtstundentag ausgespielt, obgleich sie die beste Befürwortung für den Achtstundentag ist. Man sucht die Dinge auf den Kopf zu stellen, indem man zu beweisen sucht, daß der Achtstundentag die Arbeitslust lähme, der Zwölfstundentag aber sie neu belebe. In Wirklichkeit ist es die naheliegende Furcht vor Entlassung, vor dem Abbau, die den einzelnen Arbeiter besonders antreibt. Diefelben „Wirtschaftsführer“, die der verlängerten Arbeitszeit im Zweischichtsystem den Erfolg einer Steigerung der Leistung um etwa 50 Proz. zuschreiben, „obwohl die Arbeitsverlängerung nur 20 Proz. betrug“, sprechen von einer gegenseitigen Stellung zur Arbeit — „mit dem Rücken gegen die Arbeit“. Diese Verdächtigung, die ein Dr. Marr prägte, bezeichnet der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, Dr. Tänzler, als zutreffend. Tänzler erklärt, wenn die deutsche Regierung das Washingtoner Abkommen ratifiziert,

„würde sie den Glauben an jede auf Vernunftgründen beruhende Reichspolitik untergraben“.

Wir möchten einmal sehen, wie die Reichspolitik aussieht, die auf den Vernunftgründen von Dr. Tänzler beruht. Weiß denn der gute Mann noch immer nicht, daß sich die übrigen Industrieländer eine deutsche Schmutzkonzurrenz nicht gefallen lassen?

Der Generaldirektor der Linke-Hofmann-Lauschhammer-W.G., Dr. Eichberg, Vorstandsmitglied der A.G., bemerkt, daß die Verbesserung der Lebenshaltung eines Volkes nicht durch Lohnerhöhungen, sondern ausschließlich durch Mehrleistungen pro Arbeitstag und Mensch hervorgerufen werden kann.

„Eine Erhöhung der Löhne ohne gleichzeitige Mehrleistung wird diese Wirkung (der Erhöhung der Kaufkraft der Bevölkerung) höchstens vorübergehend, niemals auf die Dauer haben. Sie wird nur dazu führen, das Geld zu entwerten. . . Und deshalb ist es unbedingt notwendig, in diesem Augenblick klar herauszufagen, daß mit Lohnerhöhungen und weniger Arbeit der deutschen Wirtschaft und damit dem deutschen Volke nicht geholfen werden kann“

Die Währung müsse durch Lohnerhöhungen wieder verfallen und solche zu neuer Inflation führen. Als ob die Löhne die Inflation verschuldet hätten! Als ob die Arbeitnehmerschaft die hochgehobenen Preise für Nahrungsmittel, Kleidung und Wäsche und obendrein die weiteren Steigerungen der Lebensmittelpreise auf die Dauer vertragen könne, ohne Lohnerhöhungen!

Generaldirektor Piatschek hat herausgefunden, daß nicht weniger als 90 Proz. aller beschäftigten Invaliden den vollen Lohn neben der Rente beziehen. Er fordert daher, daß die vielen Hunderttausende von Renten in Wegfall kommen, die neben dem vollen Lohn heute gezahlt werden“.

Nach Dr. Pinkerneil muß der Lohn sich nach der Leistung richten. Der Arbeitslohn soll den gerechten Anteil am Produktionsprozeß und Wirtschaftserfolg darstellen — „setzt auf die „Gefahr“ hin, daß sich die Arbeiterschaft scheidet in die Gruppen der wirtschaftlich gehobenen Qualitätsarbeiter und des Proletariats, das nach dem immanenten Gesetz der Wirtschaft ob seines Wertes und seiner Bedeutung nie über das lebenswürdige Existenzminimum hinauskommen wird.“

Auch nicht bei zwölfstündiger Arbeitsschicht bleibt noch die Meinungsverschiedenheit darüber, unter welchen Arbeitsbedingungen ein lebenswürdiges Existenzminimum möglich ist.

Eben darum dreht sich letzten Endes der Streit. Er läßt sich nicht in Zeitungspalten erledigen. Das Unternehmertum ist geschlossen organisiert, um seine Interessen zu verteidigen. Die Arbeitnehmerschaft muß daraus wohl oder übel die Konsequenzen ziehen. Ihre Macht liegt in ihrer Zahl und in ihrem Willen. Es gilt Widerstand zu leisten gegen den Abbau auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet.

Das Volk möge sich entscheiden! Sowohl, am 7. Dezember wie auch nachdem für die Sozialdemokratie, schon jetzt aber für seine Gewerkschaften.

Müller

Achtet auf die Füße
eures Kindes!



Die Statistiken zeigen, daß mehr als ein Drittel aller Senkfüße vor dem 16. Lebensjahre erworben sind. Beweis dafür, daß man dem kindlichen Fuß zu wenig Beachtung schenkt.

Der Grund dafür ist, daß die Senkfußbildung im jungen Kindesalter nicht wie beim Erwachsenen mit Schmerzen verbunden ist, sondern meist ganz unbemerkt vor sich geht.

Häufig allerdings zeigen die Kinder Unlust zum Gehen und werden beim Spielen rasch müde, oft sind schiefe getretene Stiefel das einzige alarmierende Symptom.

Die erste Gefahr der Senkfußbildung beginnt in der frühesten Jugend, wenn das Kind zu laufen anfängt, besonders wenn ungeduldige Eltern den aufrechten Gang zu schnell erzwingen wollen.

Die zweite gefährliche Periode ist die Zeit der beginnenden Geschlechtsreife, wenn die Knaben und Mädchen „schnell wachsen“. Eine besondere Gefährdung liegt in der Lehrlingszeit, wenn die jungen Menschen ständig stehen müssen.

Nur allzu oft wird so im kindlichen Alter der Keim zu späteren langwierigen Fußerkrankungen gelegt. Deshalb ist den sorglichen Müttern eine rechtzeitige Behandlung des sich heranbildenden Senk- und Knickfußes dringend anzuraten.

Die pneumatische Schuheinlage

Pneumette

welche bekanntlich die schonendste Behandlung dieser Fußleiden gewährleistet, ist nun auch in allen Kindergrößen zu haben.

Ärztliche Auskunft, Fußuntersuchung, auch Röntgen- durchleuchtung wird kostenlos und ohne jede Kaufverpflichtung gerne gewährt.

Die Pneumette kann in jedem Schuh unsichtbar getragen werden, ist federleicht und unverwundlich, auch beim stärksten Gebrauch.

Wir geben Ihnen ein Paar Pneumette

8 Tage zur Probe.

Überzeugen Sie sich selbst! Beginnen Sie heute noch mit dem Versuch, bei dem Sie nichts riskieren, sondern nur gewinnen können. (Ist das Wohlergehen Ihres Kindes nicht diesen Versuch wert?)

Leiser

Schuhhaus größten Stils

Kostenlose ärztliche Untersuchung in eigenen Röntgen-Stationen, Leipziger Straße 64 (11-2 u. 4-6) u. Taubentzenstraße 20 (11-1 u. 3-6). — Fußprüfung und unentgeltliche ärztliche Beratung in allen Leiser-Verkaufsstellen:
Leipziger Straße 64 Neukölln, Bergstr. 7/8
Taubentzenstr. 20 Friedenau, Rheinstr. 14
Friedrichstr. 179 Oranienstr. 34
Königstr. 34 Oranienstr. 47a
Moabit, Turmstr. 50 Müllerstr. 3a

Schriftliche Anträge von außerhalb Berlins sind zu richten an den Allein-Fabrikanten und Patent-Inhaber

Kreuzversand Alfred Klotz, München, Lindwurmstr. 76

Fragen Sie Ihren Arzt und verlangen Sie kostenfrei das lehrreiche Buch:
Dr. med. K. Schmidt:

Fuß- und Beinschmerzen



Mutter's Einkauf

Wenn Mutter für die nächste Woche einkauft, darf sie „Schwan im Blauband“ nicht vergessen. Von Tag zu Tag wächst der Kreis der Verbraucher, denn jede Probe bringt feste Kunden.

Achten Sie darauf, dass Sie die Feinkostmargarine „Schwan im Blauband“ mit gleicher Sorgfalt behandeln wie feine Süßrahmbutter. Darum kaufen Sie am besten stets frisch geklarte Feinkostmargarine „Schwan im Blauband“ in der bekannten Packung.

Preis 50 Pfennig das Halbpfund.

Schwan im
Blauband

frisch
geklart

